

Universität Tartu

Institut für Fremdsprachen und Kulturen

Germanistische Abteilung

Der nachdenkliche Hegemon

Sicherheitspolitisches Denken in der Bundesrepublik

Bakkalaureusarbeit

Vorgelegt von Jaan Järve

Betreuerin: Dr. Reet Bender

Tartu 2018

Inhalt

1. Einleitung	3
1.1 Themawahl und Aufbau.....	3
1.2 Literaturdiskussion und Vorgehensweise	4
2. Der Rahmen.....	6
2.1 Außenpolitiktheorie	6
2.2 Kontinuitäten	8
3. Ende der Gewissheiten	15
3.1 Neue Arten von Herausforderungen	15
3.2 Wechsel auf Bündnisverteidigung	16
4. Kultur der Zurückhaltung.....	18
4.1 Taten und Wörter	18
4.2 Ideologische Schwankungen.....	20
4.3 Einflussnahme von außen	21
4.3.1 Außenpolitisches Instrument: Energie	23
4.3.2 Informationskrieg	25
4.3.3 Verführte Friedensbewegungen	27
4.3.4 Schatten der (kommunistischen) Vergangenheit.....	29
4.3.5 Antiamerikanismus.....	32
4.4 Nicht angesehene Bundeswehr	34
5. Eine nachhaltige Kultur der Zurückhaltung?.....	36
5.1 Kurzfristige Folgen	36
5.2 Auf längere Sicht	39
6. Schlussbetrachtung.....	43
Resümee	45
Literaturverzeichnis	47

1. Einleitung

Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige polnische Regierung geneigt ist, diese Voraussetzung herzustellen, oder bis eine andere polnische Regierung dazu geneigt ist [...] Polen hat heute Nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch mit bereits regulären Soldaten geschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! (Hitler, 1939)

Ich fürchte die deutsche Macht weniger als die deutsche Untätigkeit. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen. Nicht dominieren, sondern bei Reformen führen. (Polens Außenminister Sikorski, 2011)

1.1 Themawahl und Aufbau

Diese Aussagen stehen sinnbildlich für die gegenwärtigen Probleme der Europäischen Gemeinschaft. Im Laufe der letzten vier Jahre hat sich eine Spalte innerhalb der EU aufgetan. Die völkerrechtswidrige Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim und das Eingreifen im Osten durch Russland stellen für die östlichen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft eine Zäsur dar. Aus dieser Sicht gibt es wohl eine *vor-2014* und eine *nach-2014* Ära. Obwohl die ersten Migranten schon 2010 an Italiens Küste landeten, kam es fast gleichzeitig mit der Ukraine Krise auch zu einem starken Migrationsdrang nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Diese zwei Krisen wirkten sich verheerend auf die Einigkeit der Europäischen Union aus. Erst in Krisenzeiten wurde ersichtlich, wie verschieden die Erwartungen und Sorgen der Mitgliedsländer eigentlich sind. Dies stellt Deutschland als zentraler Staat der EU vor große Herausforderungen. Bislang hat sich Deutschland in erster Linie als *sanfte Macht* verstanden. Angesichts der eigenen Vergangenheit scheint militärische Zurückhaltung immer noch geboten zu sein. Andererseits machen sich vor allem Polen und die baltischen Staaten zunehmend Sorgen, ob die Zivilmacht Deutschland wirklich imstande und willens ist, autoritären Staatsführern selbstbewusst entgegenzutreten. Obwohl das obige Zitat von Polens damaligem Außenminister eigentlich aus 2011 stammt, sind die Erwartungen an Deutschland in dieser Hinsicht doch größer denn je.

Folglich hat der Autor der vorliegenden Arbeit sich zur Aufgabe gemacht, herauszufinden, warum die militärische Sicherheit Osteuropas in Deutschland so grundlegend anders aufgefasst wird. Im Anbetracht der Geschichte Deutschlands mag die Antwort schon eindeutig sein. Dennoch bedarf es weiterer Differenzierung, da Geschichte wohl der wichtigste, aber bei Weitem nicht der einzige Grund dafür ist. Es wird also

angenommen, dass Deutschland, dessen Projekt die europäische Einigung in vielerlei Hinsicht ist, aufgrund seiner moralischen Überlegenheit gegenüber anderen „klassischen“ Großmächten einerseits und Wirtschaftskraft andererseits die zentrale Rolle zukommt. Auf die Hauptfrage wird im Kapitel 4 eingegangen. Im Kapitel 5 wird untersucht, welche Folgen diese Meinungsunterschiede haben könnten.

Zunächst einmal muss aber der außenpolitische Untersuchungsgegenstand in seinem theoretischen Rahmen verortet werden. Zu diesem Zweck werden verschiedene Ansätze der modernen Außenpolitikforschung vorgestellt. Da es im Falle Deutschlands ohne Grundkenntnisse von Geschichte schlicht unmöglich ist, die heutigen Entscheidungen zu verstehen, folgt darauf ein Überblick über die Außenpolitik Deutschlands und ihre Kontinuitäten ab 1945/1949. Für diesen großen einleitenden Themenblock ist Kapitel 2 vorgesehen. Daran lässt sich am besten die Begründung anschließen, warum ein Umdenken überhaupt erwünscht wäre. Diese Begründung erfolgt im Kapitel 3. Zuletzt werden zusammenfassend noch Folgerungen gezogen.

1.2 Literaturdiskussion und Vorgehensweise

Die meisten Bachelorarbeiten an der Tartu-Abteilung für Germanistik sind Kultur- und Literaturthemen gewidmet. In Deutschland liegt der Schwerpunkt der Germanistik auf Literaturforschung. Im nicht-deutschsprachigen Ausland wird größeren Wert auf die Sprache und Grammatik gelegt. Das an sich ist kein Problem. Es besteht aber die Gefahr, andere einschlägige und interessante Themen so zu vernachlässigen. Es wäre darüber hinaus wünschenswert, eine Verbindung zu anderen Fächern herzustellen, um Germanistik so auch außerhalb der engen Fachkreise zu popularisieren. Der Forschungsgegenstand könnten demnach sowohl Kulturthemen im engeren Sinne als auch Politik, Geschichte, Geografie usw. sein. Insofern bieten die schon vorliegenden Arbeiten von Rando Värsi, Aile Arro und Kerli Saar einen guten Anknüpfungspunkt.

Da die Themawahl zugegebenermaßen etwas außergewöhnlich ist, sind bislang auch keine ähnlichen Bachelorarbeiten verfasst worden. Dies gilt allerdings nicht für Fachliteratur, die schon reichlich vorhanden ist. Nicht nur Forscher, sondern auch Politiker haben sich mit Verteidigungs- und Machtfragen beschäftigt. Die Literatur zeugt von der Aktualität des Themas: Die meisten einschlägigen Werke sind erst in den letzten Jahren erschienen, d. h. die Frage hat sich ausgerechnet infolge der Ereignisse in der Ukraine und des Brexits aufgeworfen. Natürlich haben erhebliche Zweifel an der Politik

der USA die Debatte noch zusätzlich angeheizt. Die wichtigsten Abhandlungen dieses Themas sind *Vormacht wider Willen* von Stephan Bierling und die Artikelsammlung, *Deutschlands neue Verantwortung*, zusammengestellt vom vormaligen Botschafter der Bundesrepublik in den USA, Wolfgang Ischinger. Diese Werke sind jeweils 2014 und 2017 erschienen. Da dieses Material in Estland nicht erhältlich war, musste es eigens aus ausländischen Büchereien bestellt werden. In vielerlei Hinsicht sind diese Beschäftigungen mit dem Thema jedoch nur Meinungsäußerungen, weshalb die Argumentation in dieser Bachelorarbeit nicht ausschließlich auf denen aufgebaut wird. Der Autor hatte noch Zugriff auf die Universitätsbücherei Konstanz, wodurch Material zur Verfügung gestellt wurde, das in Estland unter keinen Umständen zu erhalten gewesen wäre. Daher konnten zur Erläuterung von theoretischen Grundlagen im zweiten Kapitel Lehrbücher vom Springer-Verlag für Sozialwissenschaften eingesetzt werden. Diese Lehrbücher gehören der Produktreihe *Grundwissen Politik* an. Dies mag natürlich etwas selektiv erscheinen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dieser Abhandlung nicht primär um Politiktheorie handelt. Nach objektiv-belastbaren Argumenten, die unterm Gesichtspunkt der zugrunde liegenden Fragestellung am wichtigsten sind, wird vielmehr in den von verschiedenen Regierungsstellen herausgegebenen Dokumenten und Leitfäden gesucht. Genauso wichtig sind von Denkfabriken und Stiftungen erstellte statistische Angaben. Es kommt also nicht nur auf die Interpretation einschlägiger Texte an, sondern auch auf die Auswertung von Datenblättern, was es ermöglichen sollte, in die Köpfe der Deutschen „hineinzublicken“. Um einfache Fakten zu überprüfen, ist auch von Zeitungsartikeln Gebrauch gemacht worden.

Da einige von den im Tartuer Lehrstuhl für Germanistik verfassten Arbeiten soziologische, politische sowie historische Sachverhalte thematisieren, handelt es sich nicht mehr um Philologie und Literaturwissenschaft im klassischen Sinne. Der Untersuchungsgegenstand überschneidet sich zum Teil mit dem Fachgebiet Landeskunde. Insofern als andere Disziplinen mit einbezogen werden, soll ein vertiefter Einblick in die Landeskunde gewonnen werden. Die Zuhilfenahme von anderen Disziplinen mag in diesem Fall sehr wohl einen Schritt in Richtung einer *Fachübergreifenden Germanistik* darstellen.

2. Der Rahmen

Gefahren, die von anderen Staaten ausgehen, gehören zumeist in den Bereich der Außenpolitik. Aus eben diesem Grund ist Verteidigungspolitik eher als eine Fortsetzung der Außenpolitik anzusehen. Das Politische und Diplomatische kommt immer vor dem Militärischen. In der Zeit vor 1945 war dies freilich nicht der Fall. Das Militär war bloß ein Werkzeug in der Hand der Politiker. Als Mittel zur Gestaltung der Außenpolitik taugte es genauso gut wie alle anderen Instrumente. Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ rief keine besondere Scheu bei den damaligen Politikern hervor. Selbst in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, bildete die Reichswehr einen Staat im Staate. Die Niederlage 1945 stellte aber einen Kontinuitätsbruch in der Politik dar. Dennoch blieben Sicherheitspolitik und Außenpolitik auch nach 1945 eng miteinander verflochten. Da in dem vor kurzem herausgegebenen *Weißbuch der Verteidigung*¹ der Bündnisverteidigung gegen äußere Bedrohungen höhere Priorität eingeräumt worden ist als zuvor, wird Sicherheitspolitik als Teilbereich der Außenpolitik angesehen. Dementsprechend soll verständlichkeitshalber zuerst auf Außenpolitik und deren theoretischen Grundlagen im Allgemeinen eingegangen werden.

2.1 Außenpolitiktheorie

Dem Professor für die Außenbeziehungen Deutschlands an der Goethe-Universität Frankfurt, Gunther Hellmann (2014; 18-20) zufolge existieren in der Außenpolitikforschung mehrere Betrachtungsperspektiven, die bei der Forschung angewendet werden können. Es wird ferner zwischen internationalen Beziehungen und Außenpolitik unterschieden. (vgl. Hellmann, Wolf, & Schmidt, 2007; 46)

Des Weiteren gibt es bei den meisten Autoren auch verschiedene sog. Außenpolitikschulen, die, aufbauend auf sehr unterschiedlichen Grundannahmen, das Handeln von Staaten zu erklären suchen. Grob vereinfacht sind zwei Hauptströmungen mit jeweils eigenen Unterteilungen und Weiterentwicklungen auszumachen.

Realismus: Das internationale Staatensystem sei demnach anarchisch, was jeden Staat dazu zwingt, um eine bessere Stellung in diesem System zu kämpfen. Es geht um Macht, was sich wiederum aus dem eventuellen Vorhandensein von materiellen und

¹ Schon seit langem werden von der Bundesregierung allgemeine sicherheitspolitische Richtlinien ausgegeben, die *Weißbücher* heißen. Sie sind vergleichbar mit den Jahresberichten des Verfassungsschutzes.

menschlichen Ressourcen, sowie der Größe des Territoriums ergibt. Es macht dabei keinen grundlegenden Unterschied, welche Mittel in diesem Kampf eingesetzt werden. Charakteristisch für diese Art von Außenpolitik ist die Ansicht, Deutschland müsse „sich einen Platz an der Sonne“ erkämpfen. Nach realistischer Sichtweise sind Staaten wie vollständige Organismen, was zur Folge hat, dass Innenpolitik fast keine Beachtung findet. Dabei gilt Realismus nach Hellmann (2014; 62) als die älteste und am besten bekannteste Außenpolitiktheorie, deren Anwendbarkeit aber in letzter Zeit zunehmend infrage gestellt wird.

Postnationalismus: ein Sammelbegriff, der weitaus mehr verschiedene Theorien und Strömungen umfasst als es bei Realismus der Fall ist. In diese Kategorie fallen z. B. auch *Liberalismus* (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen politischen Ideologie), die oftmals abwertend auch als *Idealismus* bezeichnet worden ist. Das Augenmerk richtet sich auf internationale Organisationen und Institutionen. Institutionen sind dabei nicht nur als Akteure wie die EU oder NATO zu verstehen, sondern auch als Regeln und Grundsätze. Wichtig dabei ist die Einbeziehung in diese Institutionen und Organisationen, da sie den Handlungsrahmen ausmachen. Der Staat selbst verliert—wie schon der Name besagt—zunehmend an Bedeutung. Obwohl die Vielfalt an Unterkategorien eine genauere Einordnung nicht zulässt, scheint dieses Modell am besten für die Bundesrepublik geeignet zu sein, was natürlich nicht heißt, dass eine realistische Auslegung der Bundesaußenpolitik unmöglich wäre (vgl. Hellmann, Wagner, & Baumann, 2014; 81). *Postnationalismus* kann sowohl *systemisch*, als auch *subsystemisch* sein. Bei Hellman und seinen Mitautoren (vgl. Hellmann, Wolf, & Schmidt, 2007; 46); (vgl. Hellmann, Wagner, & Baumann, 2014; 18-20) heißen *Internationale Beziehungen* und *Außenpolitik* jeweils systemische Perspektive und subsystemische Perspektive. Die eine Theorie nimmt also verschiedene Staatenkonstellationen in den Blick, die andere hingegen untersucht den Staat als Einzelakteur samt seinen inneren Begebenheiten. Im Rahmen dieser Arbeit soll der Fokus auf Außenpolitik, d. h. auf deutscher Außenpolitik liegen. Jedoch können auch *Internationale Beziehungen* gänzlich nicht außer Acht gelassen werden, zumal Verteidigung, wie schon gesagt, als *interstaatliche* Angelegenheit anzusehen ist.

Auf der Ebene der *Außenpolitik* ist noch eine weitere Differenzierung möglich. Der erste Strang ist *historisch-beschreibend*. Dessen Vertreter befassen sich mit der Geschichte der Außenpolitik. Es werden einzelne Ereignisse dargestellt, oder auch ein Überblick über die gesamte Außenpolitik eines Landes in historischer Perspektive

gegeben. Der zweite Strang ist *erklärend-analysierend*. In diesem Fall wird gefragt, warum die eine oder die andere Entscheidung gefällt wurde und was die Faktoren waren, die den Entscheidungsprozess beeinflusst haben. Genauso wie bei der historisch beschreibenden Herangehensweise stehen auch hier einzelne Ereignisse oder die Grundsätze der Außenpolitik im Fokus. (vgl. Peters, 2007; 815–816)

In der vorliegenden Arbeit werden also vorwiegend subsystemische bzw. außenpolitische Faktoren in den Blick genommen. Da sich die am Anfang gestellte Untersuchungsfrage so am besten beantworten lässt, ist die Herangehensweise auf der subsystemischen Ebene erklärend-analysierend. Gänzlich kann aber auch auf die Analyse von systemischen bzw. internationalen Faktoren nicht verzichtet werden.

2.2 Kontinuitäten

Die Niederlage 1945 war eine Katastrophe von nie da gewesenen Ausmaß. Zum einen war der Zusammenbruch materiell. Bedeutender war jedoch der moralische Zusammenbruch. Nach dem Schrecken des Krieges und des Völkermordes galt es als durchaus möglich, dass die Gebilde deutsche Nation und deutscher Staat einfach zu existieren aufhören. In gewisser Hinsicht spielte der beginnende Kalte Krieg Deutschland in die Hände.

Obwohl die Sowjetunion die größten Verluste zu beklagen hatte, hatte ihre relative Stärke während des Krieges enorm zugelegt. Das begann den Westalliierten, v. A. den USA zunehmend zum Problem zu werden. Da Nazi-Deutschland als potenzieller Anwärter auf eine Weltmachtstellung ausgelöscht worden war, blieb das Feld den zwei größten Siegermächten überlassen. Da die Amerikaner es für nötig hielten, den ideologischen Vormarsch der Sowjetunion irgendwie zu bremsen, wurde in den westlichen Besatzungszonen 1949 die Bundesrepublik gegründet. Bald darauf folgte auch die Gründung der DDR in der sowjetischen Zone.

Der sich anbahnende Ost-West-Konflikt kam der Bundesrepublik in unerwarteter Weise zugute. Da die Begrenzung des sowjetischen Einflusses für die Amerikaner wichtiger war, als die Bestrafung Deutschlands, wurde die Bundesrepublik stark gefördert. Es kam zur Wiederbewaffnung Deutschlands, als 1955 die Bundeswehr gegründet wurde und Deutschland der NATO beitrug. Die feste Einbindung in die westliche Gemeinschaft wurde zu einem politischen Grundsatz der jungen Bundesrepublik. Der Wiederaufbau Deutschlands erfolgte größtenteils mit

amerikanischen Mitteln, was die Bundesrepublik noch stärker an die westliche Allianz band. Egal, ob die Beteiligten es damals so wollten oder nicht, die Bundesrepublik wurde ein Anhängsel der USA. Die Westbindung ging sogar so weit, dass das Angebot zur Wiedervereinigung Deutschlands, das Stalin 1952 gemacht hatte, ausgeschlagen wurde. Es bestanden erhebliche Zweifel an der Gutmütigkeit Stalins. Im Anbetracht der allgemeinen Handlungsweise von Stalin scheinen diese Zweifel gerechtfertigt. Selbst wenn die Wiederherstellung deutscher Einheit über Jahre das Wichtigste politische Ziel der Bundesrepublik blieb, war sie aus Sicht der Konservativen nur unter Federführung Westdeutschlands zu bewerkstelligen. Für Adenauer war die Westverbindung ebenfalls wichtiger und folglich war er bereit, die deutsche Einheit im Tausch gegen Bündnissolidarität zu opfern. Man muss sich jedoch fragen, ob so eine Entwicklung seinerzeit für wahrscheinlich gehalten wurde. Sahen die meisten Zeitgenossen die Teilung doch als Provisorium an. (vgl. Von Bredow, 2008; 72, 85, 151)

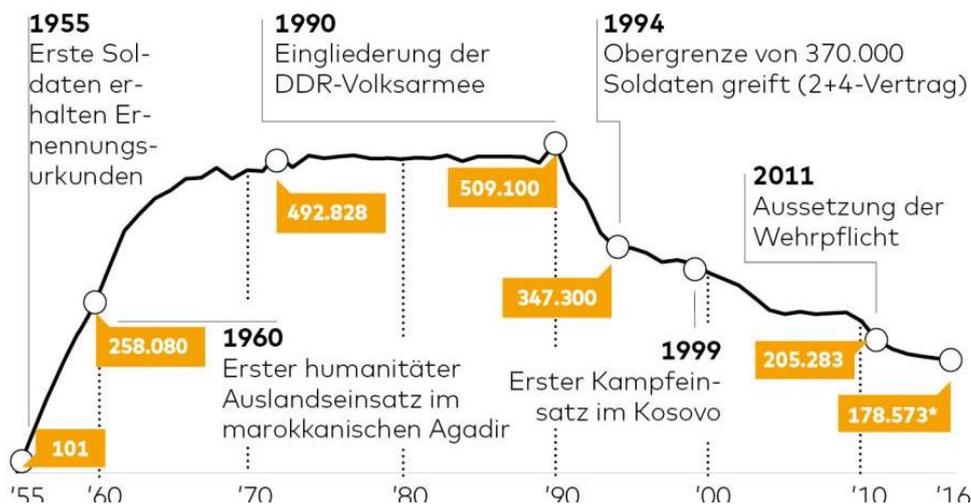
Zumindest in den Augen der Westalliierten schuf die Einbindung Deutschlands in ihre Strukturen zusätzliches Vertrauen. Da fast alle politischen Entscheidungen im Einvernehmen mit den Bündnispartnern gefällt wurden, und auch die Bundeswehr zum Teil direkt von der NATO geführt wurde, erwiesen sich die Sorgen von Großbritannien und Frankreich zwar nicht unberechtigt, aber doch unbegründet. So kam es, dass die Bundesrepublik, in ihrer Souveränität stark beschränkt, einen Teil ihrer Handlungsmöglichkeiten doch zurückgewann, und auf der „Weltbühne“ nicht mehr als Untertan (was sie eigentlich sein sollen hätte), sondern eher als gleichberechtigter Partner auftrat. Im Nachhinein ist folglich festzuhalten, dass der Bruch mit den alten Denkweisen nach 1945 in seiner Totalität überwältigend war.

Hellmann (2014; 61-62) meint, die Außenpolitik Deutschlands vor 1945 sei eher von *Realismus* geprägt gewesen. Diese Denkweise passte gut zusammen mit Hitlers Weltmachtpolitik.

Nach der Niederlage gehörte diese Mentalität der Vergangenheit an. Man mag an dieser Stelle einwenden, dass auch die Einbindung in die westliche Gemeinschaft nach dem Krieg den Großmachtansprüchen Deutschlands diene, was natürlich teilweise Stimmen mag. Jedenfalls wurden jetzt komplett andere Mittel eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Frieden und Menschlichkeit wurden zu unentbehrlichen Vorbedingungen. Selbst wenn sich dieses Ziel im Nachhinein als erreichbar herausgestellt hat, war es kein Selbstzweck. Eine passende Bezeichnung fürs Nachkriegsdeutschland ist daher *Zivilmacht*. (vgl. Hellmann, Wagner, & Baumann, 2014; 81); (vgl. Maull, 2007; 76–77)

Das heißt natürlich nicht, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts für Deutschland ganz ruhig gewesen wäre. Ganz im Gegenteil. Die Konfrontation zwischen zwei Ideologien war alles umfassend. Ruhigere Perioden wechselten sich mit krisenhaften Zuspitzungen ab. Obwohl die Deutschen dies mehrheitlich ablehnten, kam es in den 80er Jahren doch zu einer Stationierung von Kernwaffen auf deutschem Boden.

Willy Brandts Ostpolitik brachte Entspannung und auch Stabilität, was natürlich aus deutscher Sicht eine enorme Entlastung war. Im Nachhinein erscheint Brandts Ostpolitik genial. Anfangs von den Konservativen heftig kritisiert, ebnete sie später in unerwarteter Weise den Weg zur Einheit. (vgl. Baumann & Helmann, 2014; 149) Die militärischen Spannungen blieben jedoch bestehen. Selbst in Brandts Regierungszeit standen in Deutschland fast 500000 Männer unter Waffen.



1: Personalstärke der Bundeswehr im Jahresvergleich (Die Welt, 2016)

Darüber hinaus waren Tausende alliierte Soldaten in Deutschland stationiert. (vgl. Rink, 2015) Landesverteidigung in einem konventionellen Krieg blieb unverändert die größte sicherheitspolitische Herausforderung der Zivilmacht. Obwohl sich die Politiken von Adenauer und Brandt dem Ostblock gegenüber grundlegend unterschieden, waren beide auf jeweils eigene Weise doch bereit, die Wiedervereinigung im Tausch gegen den Multilateralismus „aufzuschieben“. Nicht zuletzt deshalb sehen Manche Brandt und Adenauer nicht als Gegensätze, sondern als zwei Seiten derselben Medaille. (vgl. Schulze, 1998; 216-217)

Einen andersartigen Bruch stellte das Ende des Kalten Krieges dar. Die deutsche Teilung war damit überwunden und verschwunden war auch die Großmacht, die Osteuropa ein halbes Jahrhundert im Griff gehalten hatte. Dies führte zu einer

grundlegenden Änderung der Sicherheitslage, was sich selbstverständlich euphorisierend auswirkte. Der Bundeswehr stand eine große Umgestaltung bevor. Obwohl der *nukleare Holocaust* jetzt als unwahrscheinlich galt, war die Welt eher instabiler geworden. In den Vordergrund rückten internationaler Terrorismus, grenzübergreifende Kriminalität und fragile Staaten. Anstatt einer einzigen großen Drohung gab es jetzt eine Unzahl an kleinen, verborgenen Drohungen. Allerdings zog dies keinen Kontinuitätsbruch nach sich.

Deutschland war nicht mehr auf die Hilfe seiner Verbündeten angewiesen, was zusätzlichen Spielraum für die *Zivilmacht* verschaffte. (vgl. Weidenfeld, 2007; 121) Als Ironie der Geschichte kam es zu dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, und zwar unter einer rot-grünen Bundesregierung. Am 12. Juli 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht Kampfeinsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes für zulässig erklärt. Für einen Kampfeinsatz bedarf es demnach der Zustimmung des Bundestages. 1998 drohte es infolge des Zerfalls von Jugoslawien zu einer humanitären Katastrophe in Kosovo zu kommen. Um eine mögliche Wiederholung der Ereignisse von Srebrenica zu verhindern, griff die NATO 1999 in den Konflikt ein. Auch deutsche Flugzeuge nahmen an der Kampagne teil, (vgl. Maull, 2007; 79) was nicht unumstritten war. Der Erfolg des Einsatzes ist ebenfalls zu hinterfragen. Dennoch stellte das Eingreifen eine wichtige Kehrtwende der deutschen Sicherheitspolitik dar. Damit war das Konzept einer *Zivilmacht* erfunden worden, die imstande ist, militärische Mittel zwar aus humanitären Gründen einzusetzen, auf *klassische* Machtpolitik aber weiterhin verzichtet. (vgl. ebd.)

In gewisser Hinsicht lag auch die EU-Aufnahme von Ländern, deren Unabhängigkeit mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wiederhergestellt worden war, im Interesse der *Zivilmacht* Bundesrepublik. Unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion waren deren Nachfolgerstaaten gar nicht als Staaten im heutigen Sinne zu bezeichnen, weil ihnen mitunter das webersche² Gewaltmonopol fehlte. Dieser „Urzustand“ wurde jedoch schnell überwunden, denn die baltischen Staaten und Polen hatten nicht freiwillig dem sowjetischen Machtbereich beigetreten. Folglich war Westintegration für sie seit geraumer Zeit ein Muss gewesen. Für Deutschland hingegen war der Wohlstand und Stabilität seiner östlichen Nachbarn eine nichtmilitärische Sicherheitsgarantie. Weiterhin wurde diese Politik auch mit Taten untermauert. Deutschland ist bislang der größte

² Max Weber: Monopol der staatlichen Gewalt im Vortrag *Politik als Beruf*, 1919

Einzahler in den EU-Haushalt. (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2016) So gesehen dienen Deutschlands Eigeninteressen auch den Interessen seiner Nachbarn. Insofern hat Deutschland auch nie darauf verzichtet, seinen eigenen Interessen nachzugehen, weiß diese aber geschickt in Einklang mit denen seiner Nachbarn und Partnern zu bringen:

Deutsche Interessen werden durchgesetzt, aber lieber über den Markt als über politischen Druck. Deutsche Forderungen werden durchgesetzt, aber besser über Partner und politische Systeme als in direkter Konfrontation. (Meyer, 2017; 7–9)

Eingedenk dessen wird das, was viele für Blauäugigkeit halten, zu ganz absichtlichem und konsequentem Handeln. Dazu gehören natürlich nicht nur Straßenbau oder Infrastrukturprojekte in den neuen Mitgliedsländern, sondern auch die Förderung von Ausbildung, Chancengleichheit und Demokratie. Deutschland sei so Spendeweltmeister geworden. (vgl. ebd.)

Ein weiteres Themenfeld in diesem Kontext ist natürlich Russland, das nach dem Ende des Kalten Krieges tatsächlich eine Sonderbeziehung zu Deutschland hatte. Obwohl auf Russland im 4. Kapitel noch ausführlicher eingegangen wird, bedarf es an dieser Stelle einer Erörterung der Grundlagen.

Obwohl die Beziehungen der Regierung Kohl zur Sowjetunion und zu deren reformistischem Parteivorsitzenden zunächst eisig waren, ist Gorbatschow am Ende doch als positive Figur in die Geschichte Deutschlands eingegangen. Dies war vor allem der Tatsache geschuldet, dass Gorbatschow die Wiedervereinigung Deutschlands zuließ und Kohl folglich zum Kanzler der Einheit *gekrönt* werden konnte. Als die Sowjetunion aufgelöst wurde, übernahm Jelzin die Führung des neuen Russlands. Mit ihm konnte Kohl sich ebenfalls ausgesprochen gut verständigen. Deutschland hatte auch wirtschaftliches Interesse an Russland. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland waren in Friedenszeiten immer eng gewesen. Deutschland als Industrieland brauchte Absatzmärkte für seine Produkte. Dazu war Russland gut geeignet und lieferte im Gegenzug Rohstoffe, die Deutschland fehlten. Das hat sich bis heute nicht geändert. Damit die Partnerschaft zustande kommt, wurde Russland von Deutschland beim Aufbau einer funktionierenden Demokratie unterstützt. Deutschland wurde so zum größten Gläubiger Russlands. (vgl. Stent, 2007; 441) Zu dieser Zeit schien es durchaus möglich, dass sich Russland demokratisiert. Insofern wurde Deutschland seinen Zivilmachtansprüchen in Sachen Russland ebenfalls gerecht. Militärische Konfrontationspolitik war zumindest vorübergehend ausgesetzt worden. Zu

Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Russland kam es lediglich 1999, als Russland die Luftangriffe gegen Serbien nicht unterstützte, während Deutschland an Seite der Amerikaner in den Krieg zog.

In diesem Zusammenhang und auch im Rahmen dieser Arbeit überhaupt ist es dennoch äußerst wichtig zu betonen, dass trotz guter Beziehungen niemand der russischen Führung gegenüber versprochen hat, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. So ein Versprechen wurde Gorbatschow gemacht. Vertraglich geregelt wurde aber nichts. (vgl. Die Zeit, 2014) Zu dieser Zeit ging man davon aus, dass die Sowjetunion fortbesteht, der Ost-West-Konflikt aber zu Ende geht. Als die Sowjetunion aber doch zusammenbrach, hatte Moskau über Osteuropa keine Verfügungsgewalt mehr. Deutschland unter der Regierung Kohl und der Regierung Schröder, der später wegen seiner engen Freundschaft zu Putin bekannt wurde, trat dafür ein, dass die baltischen Staaten in die EU und NATO aufgenommen wurden. (vgl. Dauderstädt, 2007; 432–433) Deutschland war zwar nicht ein Verfechter der Aufnahme, war aber auch nicht dagegen, wie später bei der Ukraine und Georgien. Zu dieser Zeit galten die NATO und Russland nicht als Gegenpole. Eine stark an die NATO gerichtete Politik und gute Beziehungen zu Russland schlossen sich gegenseitig nicht aus. Das war kein Idealismus, geschweige denn Böswilligkeit. Sogar der Kreml schien die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, eines Tages der NATO beizutreten. (vgl. Zygar, 2017; 141)

Im Nachhinein ist die Frage, wieso es zu so einer Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen gekommen ist, durchaus berechtigt. Wie dem auch sei, war der Kontinuitätsbruch zwischen Russland und Sowjetunion gewaltig. So ein Eindruck entstand jedenfalls im Westen. Insofern ist es fragwürdig, ob Versprechen der Sowjetunion gegenüber automatisch auf Russland zu übertragen sind. Unbestritten ist jedenfalls der 1997 zwischen Russland und NATO-Mitgliedern abgeschlossene Grundlagenvertrag immer noch gültig. In diesem Vertrag wurde festgeschrieben, dass es an der Grenze zu Russland keine dauerhafte Stationierung von NATO Truppen geben darf. (vgl. Die NATO, 1997) Ein formeller Beitritt zur NATO ist eher als symbolisch anzusehen. Insofern ist der Nichtstationierungsvertrag ein viel gewichtiger Schritt. Obwohl die Truppenpräsenz in den baltischen Staaten formell nicht dauerhaft ist, weil hier das Rotationsprinzip der Einheiten gilt, ist die Stationierung faktisch doch dauerhaft.

Aufgrund der Aufbruchstimmung, was nicht zuletzt eine Folge guter Beziehungen zu Russland war, wurde die Ukrainekrise für Europa und Deutschland zu einer sehr bösen Überraschung. Zum ersten Konflikt zwischen Russland und einem Nachfolgerstaat der

Sowjetunion kam es schon 2008. Da auch Georgien zum Ausbruch des Konflikts beitrug, wurde dem Krieg unter einem sicherheitspolitischen Gesichtspunkt jedoch fast keine Aufmerksamkeit geschenkt. In diese Kategorie fiel aber auch der Islamische Staat. Europa wählte sich zum großen Teil in einer Welt, in der Kriege nur noch gegen Terroristen und nichtstaatliche Akteure in weit entfernten Ländern geführt wurden.

Weder Russland noch der IS mussten ernsthaft damit rechnen, dass die EU- und NATO-Staaten ihre Regeln und Werte mit Waffengewalt verteidigen [...] Dennoch hätte das bloße Vorhandensein von militärischer Macht des Westens die politisch- strategische Kalkulation der anderen Akteure verändert. (Major & Mölling, 2017; 259–263)

Daher sind neben Ukraine auch die Terrorangriffe in Westeuropa eine Art von *Bruchpunkten*, denen im Idealfall ein Umdenken folgen sollte.

3. Ende der Gewissheiten

Nach der maslowschen Bedürfnishierarchie muss jedes Wesen zuerst sein eigenes Überleben sichern. (vgl. Springer Gabler Verlag, 2018) Erst dann ist es imstande, intellektuellen, beruflichen und sozialen Tätigkeiten nachzugehen. Dies gilt auch für Organisationen und Ländern. Das Ende des Kalten Krieges ebnete den Weg für die Annahme, dass das eigene Überleben jetzt gesichert ist. Die Enthüllung des Charakters des heutigen russischen Regimes ist daher nicht das Wichtigste in diesem Zusammenhang. Auch vor 2014 täuschte sich kaum jemand über das Wesen dieses Regimes. Vielmehr wurde den östlichen EU-Mitgliedern mit der Ukrainekrise auf sehr unangenehme Weise (noch einmal) vor Augen geführt, dass der Kampf ums Überleben (u. A. auch mit militärischen Mitteln) doch nicht zu Ende ist.

3.1 Neue Arten von Herausforderungen

Aufgrund seiner Lage in der Mitte Europas ist Deutschland vieles erspart geblieben, was Anderen schon vor zehn Jahren widerfuhr. Übrigens kommen physische bzw. militärische Drohungen nicht nur in physischer Form vor. In letzter Zeit ist es in Deutschland zu mehreren Cyberangriffen gekommen. (vgl. Die Welt, 2017) Sicherheitspolitisch ist damit eine neue Ära eingeleitet worden. Allerdings war es bei den östlichen EU-Mitgliedern schon 2007 so weit, als in Estland nach den Unruhen Computernetze von außen gezielt angegriffen wurden und die E-Infrastruktur für einige Tage lahmgelegt wurde. Es sei dahingestellt, wer damals dahintersteckte. Jedenfalls veranlasste der Angriff die estnische Regierung dazu, ein Zentrum für Cyberverteidigung aufzustellen. An diesem Projekt sind schon mehrere NATO-Länder beteiligt.

Die Angriffsziele in Deutschland waren die Netzwerke des Bundestags und es wurde zumindest versucht, auch vertrauliche Daten zu veröffentlichen. Noch eine neue Art von Drohung sind Desinformationskampagnen. Mitunter gehen sie mit Cyberangriffen einher. So konnten die Präsidentschaftswahlen in den USA beeinflusst werden. Infolgedessen wurde der in Deutschland äußerst unbeliebte Kandidat zum Präsidenten gewählt. Die Propaganda war auch eine Begleiterscheinung der Ukrainekrise. Die wurde nicht nur in der Ukraine oder Osteuropa verbreitet. Das Internet ermöglichte es, die Propagandaschlacht fast überall auszutragen. Ein weiteres Beispiel dafür ist der Fall

Lisa³. Es stellte sich später heraus, dass diese Geschichte frei erfunden war. Das heißt, nicht nur Fakten, die vertraulichen Quellen entnommen worden sind, sondern auch einfache Lügen mögen ein sehr wirksames Mittel zur Stimmungsmache sein.

Wie schon die Angriffe in Estland und später in Großbritannien belegen, kann Internet nicht nur zur Stimmungsmache und Propaganda eingesetzt werden. Vielmehr ist es so möglich, einem Ziel physische Schaden zuzufügen, ohne selbst den Boden des anzugreifenden Staates zu betreten.

Infolgedessen wurde in Deutschland 2016 beschlossen, ein Cyberverteidigungszentrum bei der Bundeswehr aufzustellen. Dies kam im Rahmen einer neuen Initiative der Verteidigungsministerin von der Leyen zustande. (vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2017). Es wird jedoch schwierig sein, dieser neuen Art von Bedrohung zu begegnen, wenn diese neue E-Truppe von denselben Problemen geplagt sein wird, wie die anderen Truppenteile: Wie aus dem *Jahresbericht des Wehrbeauftragten*⁴ hervorgeht, fehlt es an Fachkräften sowie an Geld.

Für die geplanten „Trendwenden“ beim Personal (bis 2024 plus 12.000 militärische und 5.400 zivile Dienstposten) und beim Material (bis 2030 Rüstungsinvestitionen im Umfang von 130 Milliarden Euro, gerechnet ab 2017) sind signifikant steigende Verteidigungsausgaben erforderlich.

(Bartels H. P., 2018; 20)

Das Geldproblem an sich ist auch in anderen Ländern vorhanden. Zum Teil ist der Personalmangel aber durch Geldmangel bedingt. Die Löhne bei der Bundeswehr sind für deutsche Verhältnisse gering. Im Privatsektor würden Fachkräfte mit gleicher Ausbildung viel mehr verdienen. Zusätzlich wird die Aufgabe der Ministerin dadurch erschwert, dass die Bundeswehr (vgl. Bundeswehr-Journal, 2018) und in den neuen Bundesländern auch der Staat selbst einen schlechten Ruf haben.⁵

3.2 Wechsel auf Bündnisverteidigung

Für Manche stellt sich natürlich immer noch die Frage, ob jemand die Europäische Union tatsächlich militärisch bedroht. Anzunehmen ist, dass z. B. Polen oder Letten dem östlichen Nachbarn gegenüber etwas paranoisch eingestellt sind. Ihre Denkweise ist von ihren historischen Erfahrungen genauso stark geprägt, wie die der Deutschen. Fest steht

³ Der Fall wird im Kapitel *Kultur der Zurückhaltung: Informationskrieg* ausführlicher beschrieben

⁴ Um die Rolle der Bundeswehr als *Parlamentsarmee* noch einmal deutlich zu unterstreichen, ist die Bundeswehr mit einem Wehrbeauftragten im Bundestag vertreten. Dieses Amt bekleidet ab 2015 Hans Peter Bartels (SPD)

⁵ Dazu siehe auch *Kapitel Kultur der Zurückhaltung: Schatten der (kommunistischen) Vergangenheit*.

aber auch, dass das Weißbuch zur Zukunft der Bundeswehr tatsächlich neue Prioritäten setzt. War die Verteidigungspolitik Deutschlands bislang auf Friedensmissionen mit geringer Intensität ausgerichtet, so wird in der Ausgabe von 2016 der Bündnisverteidigung höhere Priorität eingeräumt als zuvor. Das Regime in Russland, das in der Ausgabe von 2006 noch als Partner galt, wird sogar als anzunehmender Gegner erwähnt. Auch wird darin ein klares Bekenntnis zum sogenannten 2%-Ziel der NATO abgelegt. (vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2016; 31–32, 67)

4. Kultur der Zurückhaltung

Dieses Kapitel ist der Hauptfrage der Arbeit gewidmet: Was hält Deutschland davon ab, im Bereich der internationalen Sicherheit konsequenter zu handeln? Wie mitunter zu verstehen gegeben wird, ist diese Frage nicht ganz unwesentlich. Die Debatte darum ist leidenschaftlich und hitzig. Auch, dass es Sachverständige gibt, die Militäreinsätze gar ablehnen, bezeugt den Diskussionsbedarf. Sogar Außenminister Gabriel, der ansonsten der Erhöhung von Verteidigungsausgaben eher ablehnend gegenübersteht, sprach auf der Münchener Sicherheitskonferenz von einem *Vegetarier unter Fleischessern*.

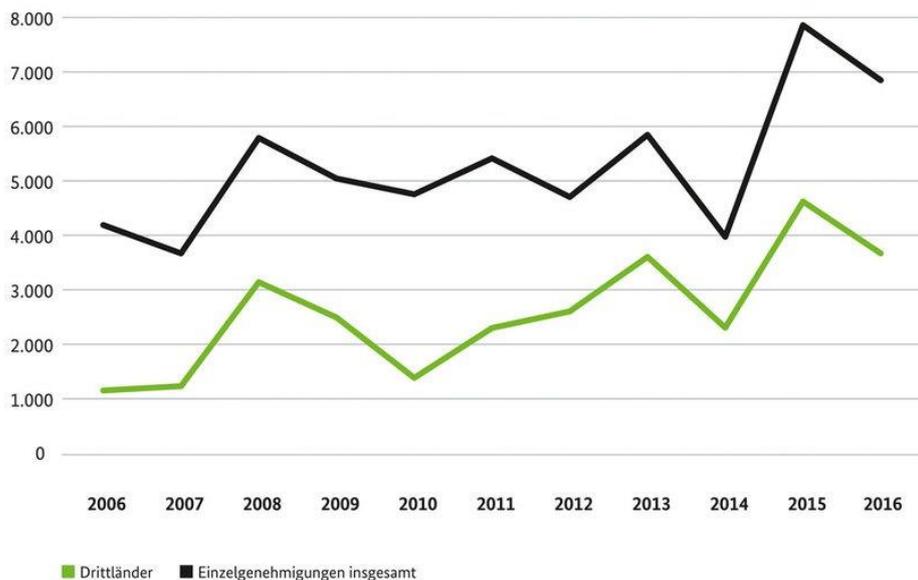
4.1 Taten und Wörter

Bei all der Ablehnung eines „stärkeren Deutschlands“ gilt es jedoch zu beachten, dass Deutschland einer der größten Rüstungsexporteure der Welt ist. Unter allen Rüstungsexporteuren belegt Deutschland mit einem Anteil von 5,6 Prozent Platz fünf. Bei einer Bevölkerungsanzahl von ca. 80 Millionen führt Deutschland ungefähr so viel Waffen aus wie China. (vgl. Stockholm International Peace Research Institute, 2017) Insgesamt hat China ca. 1,4 Milliarden Einwohner. Da sich diese Angaben auf den Gesamtwert der ausgeführten Waffen beziehen, stimmt es natürlich auch, dass bei viel höheren Personal- und Herstellungskosten in Deutschland die Menge der tatsächlich ausgeführten Waffen viel kleiner ist.

Nicht überraschenderweise gehen die meisten Waffen an NATO-Mitglieder. Auch Länder, die derzeit an der Ostflanke Russland gegenüberstehen, haben von Deutschland Verschiedenes an Kriegsgerät geliefert bekommen. Verschiedene Waffen hat Deutschland jedoch auch an Russland geliefert. Großgerät wurde nach dem Beginn der Ukraine Krise zwar nicht mehr geliefert, Kleinwaffen sind davon aber ausgenommen. (vgl. Die Zeit, 2014) Für alle Rüstungsexporte bedarf es einer Genehmigung der Bundesregierung. Jede einzelne Ausfuhr muss geprüft und zugelassen werden. So wäre es theoretisch zu vermeiden, dass die Waffen zu *friedensstörenden Handlungen genutzt werden*. (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2018) Bis vor Kurzem war unter den Kunden auch Saudi-Arabien. (vgl. Handelsblatt, 2018) Das theokratisch regierte Land ist eine absolutistische Monarchie, in dem Frauen bis 2017 (vgl. Die Zeit, 2017) nicht Auto fahren durften. In verschiedenen Demokratieranglisten liegt Saudi-Arabien auf den letzten Plätzen. Laut *Freedom House* ist Saudi-Arabien eine der

schlimmsten Diktaturen der Welt. Trotzdem werden weiterhin Waffen in Krisengebiete und an Beteiligten von Kriegen geliefert, unter anderem auch an die Türkei, wo noch vor Kurzem mehrere deutsche Journalisten inhaftiert waren. All diese Waffenlieferungen kamen also nicht aus Versehen zustande.

Als damaliger Wirtschafts- und Außenminister hat Sigmar Gabriel eine wichtige Rolle bei den Rüstungsverkäufen ins Ausland gespielt. So sind 2015 und 2016 Rekordmengen an Rüstungsgütern ins Ausland geliefert worden.



2: Erteilte Ausfuhrgenehmigungen im Jahresvergleich (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2018)

Vollständige Angaben fürs Jahr 2017 liegen noch nicht vor. Diese Ausfuhrgenehmigungen bilden einen merkwürdigen Gegensatz zur Haltung der Sozialdemokraten in europäischen und transatlantischen Sicherheitsfragen. (vgl. Die Zeit, 2017) Sigmar Gabriel wurde mit seinen Rüstungsexporten sogar so bekannt, dass die Satirezeitung *Der Postillon* es für nötig hielt, einen Scherzartikel zu veröffentlichen, in dem behauptet wurde, die größten Waffenhersteller Deutschlands hätten ihm für seine Verdienste als Geschäftsförderer ein Denkmal errichten lassen.

In gewisser Hinsicht hängt damit auch zusammen, dass die junge Bundesrepublik selbst als Zivilmacht eine große Streitmacht aufbauen musste. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges standen in Deutschland 500000 Männer unter Waffen. Zudem waren Tausende alliierte Soldaten in Deutschland stationiert. (vgl. Rink, 2015) Natürlich rüstete auch die DDR zu dieser Zeit auf. Zwar gab es auch eine starke Friedensbewegung, die für

Abrüstung eintrat, sie hielt aber weder die Bundesregierung noch die SED noch die USA davon ab, ihre Streitkräfte in ständiger Bereitschaft zu halten. (vgl. Rink, 2015); (vgl. Wenzke, 2016)

Dies zeugt von zwei Sachverhalten. Erstens ist die Friedensbewegung in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg sehr stark gewesen. Der vormalige Kanzler Helmut Kohl behauptet sogar, andere Staaten hätten versucht, die Friedensbewegung für eigene Zwecke einzuspannen. (vgl. Kohl, 2014; 33) Zweitens sind hohe Verteidigungsausgaben kein Problem an sich. Solange es um die Verteidigung eigenen Landes ging, ließen sie sich bis zu einem gewissen Grad durchsetzen. Dies mag auch der Grund dafür sein, warum die Popularität der NATO unter deutschen Wählern doch ziemlich hoch ist. Die Popularität bleibt jedoch nicht ohne *Wenn und Aber*. (vgl. Pew Research Center, 2017)

4.2 Ideologische Schwankungen

Es ist davon auszugehen, dass die Staatsbeamten in jeder erdenklichen Situation die Pflicht haben, ihre eigene Meinung nicht zum Vorschein kommen zu lassen. Dazu gibt es sogar ein Gerichtsurteil. (vgl. Deutsche Welle, 2018) Angenommen, dass im *Weißbuch* des Verteidigungsministeriums (vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2016; 31–32, 67) die richtigen Schlüsse gezogen werden, lassen sich die Ängste der östlichen EU-Mitglieder nicht als reine Paranoia abtun. Dies vermag auch den Eindruck zu erwecken, als sei die Stellungnahme im *Weißbuch* repräsentativ für die Mehrheit Deutschen. Das *Weißbuch* lässt des Weiteren auch keinen Zweifel daran, dass sich zumindest die Herausgeber zur westlichen Gemeinschaft, d. h. zur NATO bekennen.

Dabei war aber zur Zeit der Erscheinung die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin. Es ist also anzunehmen, dass der Inhalt des *Weißbuches* maßgeblich von CDU-Politikern gestaltet wurden. Es erscheint durchaus möglich, dass ein *Weißbuch* von einem SPD-Verteidigungsminister anders gestaltet wäre.

Mehrere Berichte lassen erkennen, dass die SPD immer etwas russlandfreundlicher eingestellt gewesen ist. Das Misstrauen von SPD der NATO gegenüber mag damit zu begründen sein. (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018) Wie dies moralisch zu beurteilen wäre, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Jedenfalls wird so eine gewisse Ausgewogenheit der Außenpolitik gewahrt, was der EU eventuell auch zugutekommen könnte.

Diese Stärke ist gleichzeitig aber auch eine Schwäche. Ein *roter Faden* ist in der Bundespolitik nur schwer zu erkennen. Und tatsächlich geht aus mehreren Quellen hervor, dass die Haltungen der NATO und Russland gegenüber davon abhängen, welcher politischer Partei der Befragte angehört. Selbstverständlich wird dies aus Parteiprogrammen ersichtlich, aber auch diejenigen, die in der Artikelsammlung *Deutschlands neue Verantwortung* zu Wort kommen (vgl. Ischinger & Messner, 2017), vertreten verschiedene Auffassungen von internationaler Sicherheit, je nachdem, welcher politischen Strömung sie zugeordnet werden können. Insofern ist es einfach ausgedrückt keine Überraschung, dass linke Politiker eher für Abrüstung, rechte Politiker hingegen für Aufrüstung plädieren. Damit hängt auch zusammen, dass die Wähler von linksgerichteten Parteien gegen ein Eingreifen Deutschlands im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Russland wären, wie die Umfragen von *Pew Research Center* zeigen. (2017) Für ein derartiges Eingreifen sind vorwiegend Wähler von rechten Parteien, was im Anbetracht der obigen Fakten nicht überraschend ist. Geringer ist der Anteil von Befürwortern in den neuen Bundesländern, was wiederum daraus resultiert, dass Linksparteien in den neuen Bundesländern traditionell stärker vertreten sind.

All dies hat zur Folge, dass die anzunehmende Führungsmacht Europas gespalten wirkt. Diese Spaltung verläuft quer durch die Wählerschaft sowie das Parlament und die Regierung. Abgesehen von den Interessen einzelner Länder, wirkt sich diese Spaltung im Allgemeinen verunsichernd auf alle Partner aus, egal ob im Osten oder Westen Europas.

Nicht überraschenderweise ist die CDU also die einzige Partei in Deutschland, die sich zum zwei-Prozent Ziel der NATO bekennt. (vgl. Christlich Demokratische Union, 2017; 66) Alle anderen erwähnen dieses Ziel in ihren Parteiprogrammen nicht oder lehnen es rundweg ab. (vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2017; 106); (und Andere) Zwar geben die meisten Parteien es zu, dass die Bundeswehr in marodem Zustand ist und sind zumindest rhetorisch für einen Ausbau verschiedener neuer Fähigkeiten, was aber nicht unbedingt heißt, dass sie sich auf eine konkrete Lösung verständigen könnten.

4.3 Einflussnahme von außen

Russland, wenn auch sehr weit von Deutschland entfernt, spielt immer noch eine wichtige Rolle in deutscher Außenpolitik. Nicht zuletzt deshalb, weil es einer der größten Gaslieferanten Deutschlands ist. Russland weiß auch die Stimmung in Deutschland in die passende Richtung zu lenken. Zu diesem Zweck werden linke sowie rechte Parteien

genutzt. Dazu zählt zum Beispiel der Versuch der CSU, gewisse Wähler auf Russisch zu umwerben. (vgl. *Die Zeit*, 2017) Ein gutes Beispiel dafür ist auch der Krim-Besuch der AfD-Bundestagsabgeordneten. (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2018)



3: *Russischsprachiges CSU-Plakat (Die Zeit, 2017)*

Bemerkenswert ist auch, dass sich die Erzfeinde *Die Linke* und die *AfD* in außenpolitischen Fragen ziemlich einig sind. Sie haben fast keine innenpolitischen oder ideologischen Gemeinsamkeiten. In den jeweiligen Parteiprogrammen wird jedoch klar Stellung zu Russland bezogen. Beispielsweise seien die Sanktionen entweder nicht im deutschen Interesse oder führten zu unnötigen Konfrontationen. (vgl. *Die Linke*, 2017; 8, 12, 100); (vgl. *Alternative für Deutschland*, 2017; 19) Ungeachtet der ideologischen Differenzen, hatten Vertreter beider Parteien kein Problem damit, besetzte Gebiete im Osten zu besuchen. Mitglieder der Linkspartei ließen sich von örtlichen Häuptlingen in der Volksrepublik Donezk/Luhansk in Jeeps herumfahren. Sogar mehrmals haben *AfD* Mitglieder nach 2014 die Krim besucht⁶ (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2018), womit gegen ukrainische Gesetze verstoßen wurde, die den Eintritt in diese Gebiete nur von der ukrainischen Seite her erlauben.

So ein Widerspruch ist insofern überraschend, als die staatliche Ideologie der heutigen Russischen Föderation eigentlich wenig gemein mit den vermeintlich linksliberalen Werten der Linkspartei zu tun hat. Während die Linkspartei für mehr Toleranz den Minderheiten und Randgruppen wirbt und der EU die Militarisierung der Außenpolitik unterstellt, stützt sich die Außenpolitik des heutigen russischen Regimes größtenteils auf

⁶ Siehe auch Unterkapitel 4.3.3: *Verführte Friedensbewegungen* und 4.3.4: *Schatten der (kommunistischen) Vergangenheit*

militärische Mittel. Rassistische Vorfälle sind in Russland keine Seltenheit und es wird auch ganz offen gegen Schwule gehetzt.

Derartiges Verhalten bleibt aber nicht nur den Extremisten vorbehalten. Es gibt auch gemäßigte Politiker aus der Mitte, die meinen, Deutschland habe eine besondere Verpflichtung gegenüber Russland (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018). Zum Teil sind derartige Verpflichtungen auch historisch begründet, wie die gegenüber Israel. Im Zusammenhang mit dem schnellen Vormarsch des Islamischen Staates und den Pariser Terroranschlägen plädierte der Wirtschafts- und spätere Außenminister Gabriel (SPD) dafür, dem russischen Regime Zugeständnisse in Sachen Ukraine zu machen, um gemeinsam den IS bekämpfen zu können. (vgl. Reuters, 2015) Als Wirtschaftsminister hatte er noch vor Kurzem auch Waffenverkäufe an Russland genehmigt. Selbst FDP-Mitglieder haben sich für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen, oder gar vorgeschlagen, die Annexion der Krim als *dauerhaftes Provisorium* anzuerkennen. (vgl. Der Spiegel, 2017)

4.3.1 Außenpolitisches Instrument: Energie

Im Angesicht der Tatsache, dass Russland große Gasmengen an die EU liefert, bleibt doch zu fragen, wovon diese besondere Verpflichtung eigentlich herrührt. Zweifelsohne ist die Russlandpolitik Deutschlands von Widersprüchen geprägt. Ein Beleg dafür ist der Bau von Gasleitungen durch die Ostsee, damit Deutschland mit Gas beliefert werden kann, ohne mehrere Transitländer mit einzubeziehen.

Diese Transitländer sind die Ukraine und Polen. Deren Auflehnung gegen dieses Projekt ist selbstverständlich, da die Besteuerung des Gastransits für sie eine wichtige Einnahmequelle ist. (vgl. Deutsche Welle, 2018) Es ist daher zu vermuten, dass es ihnen nicht ausschließlich um die *Europäische Versorgungssicherheit* geht. Kein Wunder, dass Deutschland als größter Gasimporteur der Welt (vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2017; 12) kein Interesse daran hat, den korrupten ukrainischen Staat zu bezuschussen.

Die Ängste Polens sind jedoch nicht ganz unbegründet. Vergleiche mit dem Hitler-Stalin Pakt (vgl. Der Spiegel, 2006) wirken zwar etwas übertrieben, weisen aber trotzdem auf gewisse historische Kontinuitäten hin. So war auch einer der Gründe, warum der Hitler-Stalin Pakt überhaupt abgeschlossen wurde, die Belieferung Deutschlands mit Energieträgern, über die Deutschland selbst nicht verfügte. (vgl. Der Spiegel, 1963) Ein

wichtiges Argument für Nord Stream ist natürlich, dass es um die Vervielfältigung des europäischen Gasmarkts geht, was ein weiterer Schritt hin zur sog. Energiesicherheit wäre. Dazu kann selbstverständlich auch russisches Gas beitragen. Aber zurzeit kommt etwa ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland. Stiege dessen Anteil noch weiter an, was Nord Stream II auf jeden Fall nach sich ziehen würde, könnte es zur Marginalisierung anderer Anbieter kommen. Sollte es Russland gelingen, der Marktführer zu werden, hätte es also einen wichtigen Hebel in der Hand, um Europa politisch zu beeinflussen. Dagegen wäre natürlich einzuwenden, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten immer gegenseitig sind, und die Russische Föderation kein Interesse daran hat, Europa zu schädigen, wenn es die Möglichkeit hat, mit Europa Geschäfte zu machen. Es kommt also darauf an, wer was dringender braucht: Ist für Russland europäisches Geld wichtiger als russisches Gas für Europa?

Während es durchaus möglich ist, dass Handel eine friedenssichernde Maßnahme ist, und beim Gaskonflikt auch von den Wirtschaftsinteressen der USA nicht gänzlich abgesehen werden kann – die USA wollen nämlich ihr Schiefergas an Europa verkaufen (vgl. Die Welt, 2017) und insofern wäre es aus ihrer Sicht durchaus sinnvoll, der konkurrierende Anbieter Gazprom vom Markt zu verdrängen – sollte noch eines beim Bau von Nord Stream stützig machen: Einer der Kuratoren des Projekts auf europäischer Seite ist der Ostdeutsche Matthias Warnig, ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Bis vor Kurzem war er Geschäftsführer der Nord Stream AG, der Betriebsgesellschaft des Gasrohrs. Als Kollege und Bekannter Putins schon seit Anfang der 90er Jahre sei er einer der Wenigen im Westen, dem Putin noch vertraut. (vgl. Die Welt, 2014)

Es steht außer Zweifel, dass Russland großes Interesse daran hat, Europa auch weiterhin mit Gas zu beliefern, da es der größte Gasexporteur der Welt ist. Der Grund für dieses Interesse ist die Struktur der russischen Wirtschaft. Die industrielle Kapazität Russlands bleibt weit hinter der von Europa oder der der USA zurück. Daher ist Russland auf den Export von Rohstoffen angewiesen, um zahlungsfähig zu bleiben. Da sich mit dem Gasverkauf viel Geld verdienen lässt, fehlen Russland auch die Anreize, eine leistungsfähigere Industrie auszubauen. Das wohlhabende Europa mit seinem sehr hohen Lebensstandard ist insofern ein ideal geeigneter Geschäftspartner.

Weil Russland selbst viele industrielle Kapazitäten fehlen, ist es auch auf hochwertigere Industrieerzeugnisse, die es selber nicht produzieren kann, angewiesen. So haben deutsche Unternehmer in Russland gute Geschäfte gemacht. Infolge der Ukraine Krise

sind diese Geschäfte zwar zurückgefahren worden, es bestehen aber immerhin gute Gründe, an den Sanktionen zu rütteln. (vgl. Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 2017)

Nach der Annexion der Krim und dem Nervengiftangriff in England haben die EU-Mitglieder ganz einig gehandelt. (vgl. Die Welt, 2018) Ungeachtet dessen, wer an der Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen tatsächlich schuld ist, war diese Einigkeit bemerkenswert. Mit den Sanktionen haben die EU und Deutschland sich scheinbar für einen bestimmten Kurs entschieden. Russland wird als militärische Bedrohung angesehen und für sein Vorgehen mit wirtschaftlichen Strafmaßnahmen belegt. Andererseits werden indessen durch den Bau von Gasleitungen für Russland zusätzliche Einnahmequellen geschaffen. Wie schon oben erwähnt, besteht so ein Widerspruch auch in der Sicherheitspolitik.

Unbestritten bleibt die Russische Föderation der größte Gaslieferant der Bundesrepublik. Es wirft nur zusätzliche Fragen auf, dass das Bundeswirtschaftsministerium ab 2016 keine Angaben mehr zur Herkunft des in Deutschland verbrauchten Gases macht. (vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2017; 24)

4.3.2 Informationskrieg

Oben wurde schon kurz darauf eingegangen, dass es seit langem Versuche gegeben hat, die öffentliche Meinung in Deutschland zu „lenken“. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren die Deutsch-Russischen Beziehungen ausgesprochen gut. Obwohl nur wenige russische Sender in Deutschland zu empfangen waren, blieb die Berichterstattung über Deutschland ausgewogen. Im Allgemeinen hatte Deutschland einen guten Ruf in Russland und andersherum. (vgl. Stratievski, 2016)

Zu einer Zäsur kam es 2014. In jederlei Hinsicht stellten die Ereignisse in der Ukraine eine Zäsur dar. Es wurde eine Hetzkampagne gegen Deutschland und die EU gestartet. (ebd.) Diese Kampagne war eine Begleiterscheinung des Krieges, da der Krieg auch als Botschaft an den *Westen* diente. Bis dahin war vornehmlich über Russland selbst berichtet worden. Jetzt wurde der Schwerpunkt woanders hingewechselt. Der Fokus lag jetzt auf den Ereignissen in Europa und anderswo in der Welt. Russland selbst rückte in den Hintergrund. (vgl. Der Tagesspiegel, 2014)

Beispielhaft hierfür ist der Fall der Russlanddeutschen Lisa. Ihre Eltern hatten sie als vermisst gemeldet. Als sie nach kurzem wieder auftauchte, behauptete sie, sie sei von

Einwanderern entführt und vergewaltigt worden. Der russische Rundfunksender *Russia Today* griff dies auf und gab zu verstehen, die deutschen Behörden hätten versucht, den Fall zu vertuschen. Wie sich aber später herausstellte, hatte sie einfach bei ihrer Freundin übernachtet. (vgl. Der Tagesspiegel, 2016)

Unter den Russlanddeutschen, die in Deutschland zahlenmäßig stark vertreten sind, sorgte die Berichterstattung für große Aufregung. In den sozialen Medien wurden die Reportagen von *Russia Today* mehrtausendfach geteilt, was darauf schließen lässt, dass *Russia Today* unter Russlanddeutschen ein ziemlich ernstzunehmendes Medium ist. (vgl. Stratiewski, 2016)

Dieser Erfolg liegt zum Teil daran, dass *Russia Today* auch deutsche Muttersprachler beschäftigt. Auch das Aussehen und Gestaltung der Sendungen steht ihren westlichen Gegenstücken in nichts nach. (vgl. ebd.) Darüber hinaus wird nie direkt gelogen. Dies lässt die Behauptung, *Russia Today* böte nur eine alternative Sichtweise, glaubhaft anklingen.

Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, dass diese alternative Berichterstattung bei Russlanddeutschen gut ankommt, die zwar auch die Nachrichten von deutschen Sendern verfolgen, diese aber dann von Alternativsendern ergänzen lassen. Da die Inhalte des Kanals bei den Einheimischen eher auf Misstrauen stoßen, wird versucht, die Russlanddeutschen zu instrumentalisieren, um sich auch bei den Einheimischen Glaubwürdigkeit zu verschaffen und so in Deutschland stärker Fuß zu fassen. (vgl. Der Tagesspiegel, 2016) Bis zu einem gewissen Grad mag dies auch gelungen sein. Eine Umfrage hat beispielsweise ergeben, dass Putin von den Deutschen für weniger gefährlich erachtet wird als Trump. Zwar sind die Zustimmungswerte in beiden Fällen ausgesprochen gering. Aber derjenige von Putin ist doch deutlich höher. (vgl. Die Welt, 2018) Es bleibt noch zu beantworten, inwiefern diese Werte mit den demografisch-geografischen Gegebenheiten in Deutschland zusammenhängen.

Zusätzlich zum geschickten Einsatz von Wahrheit werden auch Leute zu Gesprächen eingeladen, die entweder dem linksextremen oder dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. So bilden die Wähler von extremistischen Parteien die zweite wichtige Zielgruppe. Da diese Wähler oftmals politikverdrossen und aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind, kommen allerlei Verschwörungstheorien bei ihnen besonders gut an. Diese Theorien werden dann oftmals von umstrittenen, aber doch einigermaßen ernst zu nehmenden Politikern aufgegriffen und weiterverbreitet. Wie auch am Anfang des Kapitels gesagt, haben die Linkspartei und die AfD trotz sonstiger ideologischer

Widersprüchen, die wohlvollende Haltung gegenüber dem heutigen russischen Regime sowie fragliche Verfassungstreue sehr wohl gemein, was sich auch in ihren Taten und in den jeweiligen Parteiprogrammen widerspiegelt.

4.3.3 Verführte Friedensbewegungen

Auch in anderen postkommunistischen Ländern gibt es Fortführungen der jeweiligen kommunistischen Parteien. An sich ist das Vorhandensein von quasi-kommunistischen Parteien also nichts Eigenartiges. Kommunistische Parteien sind sogar in Ländern vertreten, die eigentlich in keinerlei Weise von der vormaligen Sowjetunion abhängig waren. Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich. Eine Besonderheit deutscher Geschichte ist jedoch, dass die Frontlinie des Kalten Krieges quer durch Deutschland verlief. In derlei Weise war keine andere Nation in Europa geteilt. So gab es ein kommunistisches sowie ein kapitalistisches Deutschland. Die Rivalität zwischen zwei Deutschländern zog intensive Spionage nach sich. Dank der fehlenden Sprachbarriere war es relativ einfach, den benachbarten Staat zu unterwandern.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass das MfS⁷ großes Interesse an den Studenten- und Friedensbewegungen hatte. Als einer der Auslöser der 68er-Proteste gilt die Ermordung des West-Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Der Todesschütze war ein Polizist, und wie sich später herausstellte, ein sog. inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Gegenüber der Zeitung *Die Welt* sagt der Historiker Peter Horvath (2009), die Ermordung Ohnesorgs sei zwar nicht direkt im Auftrag des MfS erfolgt, der Polizist Karl-Heinz Kurras müsse aber erkannt haben, wozu seine Tat führen könnte.

Darüber hinaus gab die Kanzlerschaft von Kurt-Georg Kiesinger Anlass zu Protesten. Er war der einzige Kanzler bundesdeutscher Geschichte, der auch Mitglied der NSDAP gewesen war. An ihm wurde scharfe Kritik geübt. Da Ohnesorg gerade während seiner Kanzlerschaft ermordet wurde, fiel es den östlichen Geheimdiensten noch einfacher, die Bundesrepublik als nazi-Marionette der USA darzustellen.

Zu einer zweiten Protestwelle kam es Anfang der 80er Jahre. Als Antwort auf die Stationierung sowjetischer Raketen des Typs SS-20 in Osteuropa sah der NATO-Doppelbeschluss von 1979 die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf bundesdeutschem Gebiet vor. Im Falle eines Konflikts drohte Deutschland zu einem

⁷ Ministerium für Staatssicherheit der DDR, besser bekannt als *Stasi*

nuklearen Schlachtfeld zu werden. (vgl. Nehring & Ziemann, 2011) Wieder organisierten vom MfS gelenkte Tarnorganisationen Protestbekundungen mit zum Teil Hunderttausenden Teilnehmern, behauptet der Extremismusforscher Udo Baron (2003). Es ist jedoch anzumerken, dass er der Konrad-Adenauer-Stiftung nahesteht. Mitunter kamen im Zuge der Ausschreitungen auch die antiamerikanischen Haltungen der Teilnehmer zum Vorschein (vgl. Nehring & Ziemann, 2011), was dem Ostblock zusätzlich in die Hände gespielt haben mag und erkennen lässt, dass die Akteure in Ost-Berlin zumindest Interesse daran gehabt haben müssen, den Westen zu spalten. (vgl. Baron, 2003) Selbstverständlich gehen die Meinungen zu dieser Frage weit auseinander und es gibt auch diejenigen, die der Auffassung sind, die Geheimdienste im Ostblock hätten gar nichts damit zu tun gehabt. Doch sind sich die meisten Forscher einig, dass der Einfluss östlicher Geheimdienste auf die verschiedenen Protestbewegungen nicht ganz unwesentlich war. Fraglich ist aber, ob sie tatsächlich von Kommunisten ins Leben gerufen waren. Das heißt, sie waren in erster Linie doch ein westdeutsches Phänomen.

Wie dem auch sei, haben sie die Politik Westdeutschlands sowie später des vereinigten Deutschlands allerdings nachhaltig geprägt. Infolge des Widerstands gegen Atomwaffen Anfang der 80er Jahre entstand in Westdeutschland die Partei der Grünen. Gedacht als Protestpartei, war sie anfangs eine bunte Mischung aus Vertretern verschiedener politischer Richtungen. Protest gegen Umweltzerstörung war für Viele jedoch auch mit Antikapitalismus verbunden, was sich auf die Zielsetzung der Partei stark auswirkte.

Ende 1968 kam es infolge der Radikalisierung einiger Teilnehmer zu einer Spaltung der 68er-Bewegung. Die Gemäßigten stellten ihre Aktionen ein oder betrieben von da an Politik im Rahmen des schon vorhandenen Systems. Die Radikalen wurden zunehmend gewalttätig und aus diesen radikalen Banden ging schließlich die RAF hervor. Aus dem radikalen Flügel entstanden auch die maoistisch-stalinistischen K-Gruppen. (vgl. Der Spiegel, 2001) Einer von denen gehörte der spätere Umweltminister Jürgen Trittin an. Als belastet gilt auch Trittins Kabinettkollege Joseph⁸ Fischer, der in der Regierung Schröder Außenminister war. (vgl. Focus, 2001)

Da die Radikalisierung von einem bestimmten Zeitpunkt an sich nicht mehr vorantreiben ließ und die Organisationen zunehmend instabil wurden, zerfielen sie, oder sie gingen, wie im Falle Fischers, in schon vorhandenen Parteien auf. (vgl. Der Spiegel,

⁸ Besser bekannt als Joschka Fischer

2001) Da sich in Westdeutschland vor allem die Grünen als systemkritisch verstanden, war diese Partei gut geeignet für vormalige Linksextremisten.

Nach der Wiedervereinigung wurde in der Partei eine Richtungsänderung vorgenommen und der glühende Radikalismus der Anfangsjahre verging. Es blieben aber Viele, die früher entweder Gewaltaktionen gutgeheißen oder an ihnen teilgenommen hatten.

Dies heißt jedoch nicht, als wären alle Politiker der Bundesrepublik blauäugig ausländischer Unterwanderung zum Opfer gefallen. Der zu ziehende Schluss im vorliegenden Fall ist eher, dass eine gewisse historische Empfindlichkeit, gepaart mit den krisenhaften Zuspitzungen des Kalten Krieges zu Misstrauen gegenüber den Großmächten und den mit ihnen im Einvernehmen handelnden Politikern führte. Steht es doch eindeutig fest, wie es aus den vorigen und folgenden Kapiteln ersichtlich wird, dass die Bundesrepublik transatlantisch, nach Westen ausgerichtet war. So wundert es nicht, dass die Geheimdienste der Ostblockländer versucht haben, die Stimmung im Westen zusätzlich anzuheizen, wobei sie aber nur mäßig erfolgreich waren. Allerdings machen sich die damit einhergegangenen politischen Änderungen auch heute in der Bundespolitik bemerkbar.

4.3.4 Schatten der (kommunistischen) Vergangenheit

Ein ganz eigenartiges Thema stellt die Nachfolge der DDR dar. Als die kommunistische Herrschaftsperiode mit der Wiedervereinigung 1990 endete, wurden mit den meisten Herrschaftsstrukturen der DDR auch die Geheimdienste aufgelöst und deren Dokumentenbestände allen zugänglich gemacht, was ganz einzigartig ist. Die Ausnahme dabei war allerdings die **Sozialistische Einheitspartei Deutschlands**.

Nach dem Mauerfall schien der Fortbestand des kommunistischen Staates unmöglich. Innerhalb der nach wie vor stalinistisch geprägten Partei wurde das Problem schnell erkannt. Erwähnenswert ist noch, dass die SED ein Zusammenschluss von verschiedenen, zum Teil auch demokratischen Parteien war, der erst entstand, nachdem die sowjetischen Besatzungsbehörden Druck auf sie ausgeübt hatten. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde zunächst eine Umbenennung vorgenommen. Der neue Name war SED/PDS, was Partei des demokratischen Sozialismus hieß. Bald wurde die Bezeichnung SED gänzlich aufgegeben. Infolge der Änderungen berief sich die Partei offiziell nicht mehr auf Marxismus-Leninismus. (vgl. Decker, 2017)

Der Personalbestand blieb allerdings größtenteils unverändert. 2007 entstand aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG die Partei *Die Linke*, deren Parteiprogramm schon oben erwähnt worden ist. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung besteht diese neue Linke aus zwei miteinander rivalisierenden Flügeln. Die einen sind bereit, sich dem vorhandenen System anzupassen und wollen es nur gerechter machen. Der radikalere Flügel hingegen befürwortet einen Umbau. Eben aus diesem Grund sind Zweifel an der Verfassungstreue der Parteimitglieder erhoben worden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sie in seinen Berichten über Linksextremismus mehrmals erwähnt. (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2016; 18-21); (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2017; 145) Darüber hinaus ist die Partei zeitweilig vom Verfassungsschutz beobachtet worden. Obwohl die Beobachtung der Partei als ganze eingestellt worden ist, stehen weiterhin einzelne Mitglieder, darunter auch einige Bundestagsabgeordnete, unter Beobachtung. (vgl. Focus, 2017)

Die Linkspartei ist in den neuen Bundesländern am stärksten. Sie vertritt also vor allem diejenigen, denen die Wiedervereinigung nicht zugutegekommen ist. Tatsächlich ist das ein gravierendes Problem. Die Klüfte zwischen den *alten* und den *neuen* Bundesländern sind immer noch groß. Diejenigen, die im Osten leben, haben schlechtere Chancen und sie verdienen weniger. (vgl. Der Spiegel, 2015) Das ist selbst 28 Jahre nach der Wiedervereinigung der Fall.

Gleichzeitig gelten die neuen Bundesländer auch als Hochburgen der rechtsextremistischen AfD. Laut verschiedenen Zeitungsberichten versucht die relativ neue AfD gezielt ausgerechnet die Wähler der linken Parteien zu umwerben. Und obwohl die ideologischen Unterschiede zwischen den Beiden scheinbar unüberwindbar sind, ist es der AfD tatsächlich gelungen einige Wähler der Linkspartei zum Seitenwechsel zu bewegen. (vgl. Die Welt, 2017) Während die CDU mit ihrem Wahlergebnis, das eigentlich das Zweitschlechtesten seit 1949 war, in allen Bundesländern eindeutig als Sieger hervorging, blieben die AfD und Linke nicht weit hinter ihr zurück. Ausnahmslos waren ihre jeweiligen Ergebnisse auf dem Gebiet der vormaligen DDR deutlich besser als im *Westen*. (vgl. Der Bundestagswahlleiter, 2017)

Zum einen zeigt dies, dass die AfD die Rolle des Schutzpatrons der Ostdeutschen von der Linkspartei übernommen hat oder zumindest dies zu tun beabsichtigt. Insofern ist es auch fraglich, ob Einwanderung wirklich das Hauptproblem ist. Es ist nicht gerade unwahrscheinlich, dass die Einwanderungsproblematik einfach zu einem Vehikel

gemacht worden ist, mittels dessen das politische *Establishment* wirksam angegriffen werden kann. Man muss sich fragen, warum das wohl so ist.

Wie verschiedene Untersuchungen zur Integration der neuen Bundesländer zeigen, bestehen zwischen dem *Osten* und dem *Westen* immer noch Klüfte. Vor allem trifft dies auf das Einkommen und das Bruttoinlandsprodukt zu. (vgl. Das Statistik-Portal, 2018); (vgl. Der Spiegel, 2015) Der Übergang der vormaligen DDR zur Marktwirtschaft und Demokratie gestaltete sich schwierig. Der Wandel wurde rasch vollzogen. Zuerst wurde die D-Mark eingeführt. Dieser Umtausch hatte zur Folge, dass in den östlichen Bundesländern die *Volkseigenen Betriebe* (VEB) den Marktverhältnissen angepasst werden mussten, woraufhin einige von denen aufgelöst werden mussten. Es besteht übrigens auch der Verdacht, dass einige Unternehmen sogar gezielt ausgeschlachtet wurden, damit Unternehmer aus dem Westen sich der Konkurrenz entziehen konnten. (vgl. Klar & Stoll, 2015; ?) Infolgedessen stieg Arbeitslosigkeit sprunghaft an. (vgl. Booth, 2010) Diese Fehlschläge schlugen sich natürlich auch in der späteren Wirtschaftsentwicklung nieder.

Auffällig ist dabei aber, dass ausgerechnet in den neuen Bundesländern das Bildungssystem am besten funktioniert. In Sachsen und Thüringen ist es um Bildung gut bestellt. (vgl. Initiative neue soziale Marktwirtschaft, 2017) In Sachsen Geld belegen sie im Bundesvergleich jedoch Plätze ganz hinten. (vgl. Der Spiegel, 2015); (vgl. Das Statistik-Portal, 2018) Es ist rätselhaft, dass das Bildungsniveau vergleichsweise wenig Einfluss auf das Einkommen und BIP hat. Man darf nicht die Tatsache außer Acht lassen, dass die rechtsextreme und prorussische AfD ausgerechnet in Sachsen, wo das Schulsystem am effektivsten ist, die besten Wahlergebnisse einfuhr. (vgl. Der Bundestagswahlleiter, 2017) Die Wähler von extremistischen Parteien sind entweder glühende, bildungsferne Kommunisten und Nazis, oder sie sind ganz normale Menschen, denen es aber nicht so gut geht. Da es in der AfD sowie in der Linkspartei tatsächlich verfassungsfeindliche Strukturen gibt und deren Mitglieder auch Kontakte zu verfassungsfeindlichen Gruppen pflegen, ist anzunehmen, dass es sich in vielen Fällen tatsächlich um gefährliche Extremisten handelt. Großenteils sind es aber „normale“ Menschen, die sich von anderen politischen Kräften vernachlässigt fühlen. Nicht nur die Linke hat Wähler an die AfD verloren. In Wirklichkeit hat so ein Verlust fast alle Parteien betroffen. Historisch haben auch viele Russlanddeutsche für die CDU gestimmt. (vgl. Die Welt, 2017) Zurzeit gilt aber die AfD als Stimme der Russlanddeutsche.

Unter Ostdeutschen macht sich also eine starke Verbitterung breit. Von der Wiedervereinigung haben sie wenig profitiert, weshalb die sog. Fundamentalopposition unter ihnen großen Zulauf findet. Die Abneigung gegen die Bundesrepublik in ihrer heutigen Form wird dann auch auf außenpolitische Themen übertragen. Abgesehen von Russlanddeutschen, dürften Ostdeutschen nicht allzu starke Verbindungen zu bestimmten anderen Ländern haben. Wenn sich aber ausländische Akteure einschalten und ihrem Misstrauen dem gehassten *Westen* gegenüber ebenfalls freien Lauf lassen, werden sie bald als Verbündete im innenpolitischen Kampf gegen das Establishment wahrgenommen.

An sich ist die Instrumentalisierung der Verbitterung von gewissen Bevölkerungsgruppen eine uralte Technik. Neu ist aber deren Vorrücken ins Revier der Außenpolitik. In unerwarteter Weise haben Sozial- und Regionalpolitik also eine viel größere Tragweite, was sich wiederum auf die Verteidigungspolitik auswirkt.

Als weiteres Überbleibsel der vormaligen SED-Herrschaft können auch deutsche Zeitungen angesehen werden, die sich als links, sozialistisch oder gar marxistisch verstehen. Diese Zeitungen sind zum Teil überregional, was von einer vergleichsweise großen Leserschaft zeugt. Selbst wenn die Zahl der Druckauflagen rückgängig ist, heißt das nicht, dass die Anzahl der Leser abnehme. Die sinkende Beliebtheit der Papierzeitungen ist eher der wachsenden Popularität des Internets geschuldet. *Neues Deutschland* und *Junge Welt* sind aus den jeweiligen DDR-Zeitungen hervorgegangen. Sie äußern sich zum Teil sehr kritisch gegenüber der NATO. Kritisch sind sie auch gegenüber der Bundesregierung und den USA. Gegründet wurde die *Junge Welt* 1947 in der Sowjetischen Besatzungszone und war die Zeitung des Zentralorgans der FDJ – daher auch der Name. (vgl. Junge Welt, 2018) Die Zeitung wird in einem Jahresbericht des Verfassungsschutzes offen linksextrem genannt und habe Probleme damit, sich von Gewalt zu distanzieren. Deren Mitarbeiter werden laut dem letzten Bericht vom Verfassungsschutz beobachtet (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2017; 152)

4.3.5 Antiamerikanismus

All dies deutet darauf hin, dass die Vergangenheitsbewältigung nur zum Teil erfolgreich gewesen ist. Damit ist *nicht* die Aufarbeitung der nazi-Vergangenheit gemeint. Vielmehr hat die spätere Teilung tiefe Spuren hinterlassen, was auch maßgeblich die „deutsche Denkweise“ beeinflusst hat. Sehr stark wirken sich vor allem die Wohlstandsgefälle

zwischen Osten und Westen aufs Denken der Deutschen aus. So sind wirtschaftlich und sozial minderbemittelte Menschen zweifelsohne anfälliger für Einflussnahmen von außen.

In diesem Zusammenhang scheint Antiamerikanismus überhaupt ein sehr wichtiger Faktor zu sein. (vgl. Die Welt, 2018 a) (vgl. Die Welt, 2018 b) (vgl. Die Welt, 2018 c). Diesen Umfragen zufolge halten viele Deutsche die USA für weitaus gefährlicher als Russland. Ein Grund dafür ist natürlich der neue Präsident der Vereinigten Staaten. Dessen Ursachen sind ganz bestimmt vielfältig. Zum einen sind Ostdeutsche einfach aufgrund ihrer Vergangenheit etwas positiver Russland gegenüber eingestellt. Es mag sein, dass aus diesem Grund auch die oben erwähnten Zeitungen immer noch so beliebt sind. Die Vergangenheit wirkt also selbst heute nach, was, gepaart mit den unlogischen Wohlstandsunterschieden zwischen alten und neuen Bundesländern, geschickt ausgenutzt wird. Im Anbetracht der Tatsache, dass die Geheimdienste des Ostblocks auch früher versucht haben, z. B. auf die Friedensbewegungen Einfluss zu nehmen, überrascht dies nicht. Insofern ist Antiamerikanismus als Teil dieser Beeinflussung anzusehen. Das hat zur Folge, dass Antiamerikanismus in der deutschen Politik auch heute eine wichtige Rolle spielt und von einigen Parteien (v. A. Linkspartei und AfD) stark thematisiert wird.

Als weitere anzunehmende Ursache dafür gilt der Rüstungswettlauf, den viele endgültig hinter sich geglaubt haben. Da die Spannungen zwischen Russland und dem „Westen“ wieder zunehmen, wächst auch die Gefahr eines Atomkrieges. Das weckt natürlich schmerzhaft Erinnerungen an die eigene Vergangenheit, als Deutschland zu einem Schlachtfeld der Großmächte zu werden drohte.

Mit all diesen Faktoren lässt sich der weit verbreitete Antiamerikanismus aber immer noch nur teilweise erklären. Selbst im Westen Deutschlands werden die USA von einem großen Teil der Bevölkerung als Drohung angesehen. (vgl. Die Welt, 2018) Eingedenk der langen Bündnisbeziehungen Deutschlands zu den USA ist der plötzliche Zuwachs an Misstrauen einigermaßen überraschend. Das Misstrauen mutet umso seltsamer an, weil der westdeutsche Wohlstand zum großen Teil mit amerikanischer Hilfe begründet worden ist. Die historische Bedeutung der Vereinigten Staaten für die Bundesrepublik ist nicht kaum zu überschätzen. Daher sind weitere Auseinandersetzungen mit den Deutsch-Amerikanischen Beziehungen gar nicht fehl am Platz.

4.4 Nicht angesehene Bundeswehr

Wie im vorigen Kapitel kurz erwähnt, ist das Vertrauen der Bevölkerung in die eigenen Streitkräfte vergleichsweise gering. Die Bundeswehr hat ein Imageproblem. In den USA liegt dieser Wert bei etwa 75 %. (vgl. Pew Research Center, 2016) In Estland halten sogar 88% der Befragten die eigenen Streitkräfte für vertrauenswürdig. (vgl. Postimees, 2018) Obwohl die Zustimmungswerte auch gewissen Schwankungen unterliegen, geben sie doch eine ungefähre Darstellung der Verhältnisse ab. In Deutschland halten aber nur etwa 50 % der Befragten die Bundeswehr für vertrauenswürdig. Innerhalb des letzten Jahres ist das Vertrauen merklich abgenommen. Noch vor einem Jahr war der Wert etwa 60 %. (vgl. Bundeswehr-Journal, 2018)

Es gibt mehrere Gründe dafür. Im selben Zeitraum hat es mehrere Eklats bei der Bundeswehr gegeben. Anfang 2017 wurde von sexuell-sadistischen „Ausbildungspraktiken“ an einer Kaserne berichtet. (vgl. Der Spiegel, 2017) Von einer besonderen Grausamkeit zeugt eben die Tatsache, dass es nicht einfach um Schlägereien handelte, sondern um Verstöße gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht. Viele Vorfälle fanden selbstverständlich Eingang in den *Jahresbericht des Wehrbeauftragten*. So werden darin brutale Taufrituale erwähnt. Es wurde auch grober Sprachgebrauch, dem zum Teil rassistische Motive zugrunde lagen, bemängelt. (vgl. Bartels H. P., 2018; 16) Die Tatsache, dass die Vorfälle nicht einmalig waren, lässt auf tiefgreifende Probleme schließen. Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wurde eingeschaltet, und wie aus diesem Bericht hervorgeht, hat das Ministerium die Vorkommnisse sehr ernst genommen (vgl. ebd; 11).

Ein Hinweis auf *Führungsschwäche* sind auch Rechtsextremisten. Besonders großes Aufsehen erregte der sog. Fall von Franco A. Ein rechtsextremistisch eingestellter Offizier hatte unter falschem Namen Asyl beantragt und geplant einen Anschlag zu verüben. Das Ziel dieser Aktion war vermutlich die Diskreditierung von Asylbewerbern. (vgl. Der Tagesspiegel, 2017) Nachdem Ermittlungen eingeleitet worden waren, stellte sich heraus, dass Franco A. nicht alleine handelte. Auch wurden an mehreren Kasernen Wehrmachtsdevotionalien gefunden. (vgl. Bartels H. P., 2018; 11)

Die dritte Problemquelle sind Ausrüstungspannen und technische Mängel. Es ist zu Verzögerungen bei der Lieferung von neuen Transportflugzeugen gekommen. Dabei lässt die Bauqualität der bereits gelieferten Flugzeuge zum Wünschen übrig, weshalb sie zumeist am Boden bleiben. Daher ist die Bundeswehr nur begrenzt imstande, größere

Truppenverlegungen eigenständig durchzuführen und braucht zumeist Hilfe von ihren Bündnispartnern. Sinnbildlich dafür steht die Panne beim Litauen-Besuch der Verteidigungsministerin. Als sie mit einer neuen Boeing A400M hinflieg, fiel eines der Triebwerke aus. Das Flugzeug blieb am Boden und die Ministerin musste mit einer alten Transall zurückgeflogen werden. (vgl. Die Welt, 2017)

All dies steht eigentlich im Gegensatz zu den Plänen der Verteidigungsministerin von der Leyen. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Ruf der Truppe zu verbessern. (vgl. Die Welt, 2016) Von einer bestens ausgerüsteten, hochmodernen, disziplinierten und motivierten Bundeswehr kann im Lichte des Angeführten nicht die Rede sein. Mögliche Einsätze der Bundeswehr rufen nicht gerade Begeisterung unter der Bevölkerung hervor. (vgl. Der Spiegel, 2014) Dementsprechend gering sei auch die Bereitschaft, für Verteidigung mehr Geld auszugeben. (vgl. Die Welt, 2018) Laut einer Studie sind nur 27 % der Befragten mehr in die Verteidigung zu investieren. Ein Mitautor der Studie fasst dies kurz zusammen: *Die Bundeswehr hat ein massives Imageproblem*. Laut einem in *Die Welt* veröffentlichten Artikel fehlt der Bundeswehr das Vertrauen der Bevölkerung. Die Ergebnisse unterscheiden sich also nicht von denen, auf die am Anfang des Abschnitts verwiesen wurde. Aus derselben Studie geht übrigens hervor, dass eine Mehrheit – nämlich 63 % – der Befragten die Ausrüstung und Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte als unzureichend bewertet. (vgl. Die Welt, 2018) Damit wird die Frage aufgeworfen, ob der Geldmangel von Geringschätzung herrührt, oder ist die Geringschätzung eine Folge des Geldmangels.

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage kann hiermit nicht geliefert werden. Es ist jedenfalls ein Teufelskreis entstanden. Als das Ansehen der Truppe in der Gesellschaft in der Truppe abnimmt, halten begabte junge Leute sie nicht mehr für einen attraktiven Arbeitsgeber. Infolgedessen werden die Hürden herabgelassen und auch diejenigen, die es eigentlich nicht dürften, werden Soldaten. Es kommt zu grausamen Übergriffen, was wiederum zur Folge hat, dass die Wähler weniger geneigt sind, den Streitkräften Geld zur Verfügung zu stellen. Geldmangel führt dazu, dass noch weniger Hochbegabte eine Karriere bei der Bundeswehr in Betracht ziehen. Die Streitkräfte entfremden sich zunehmend der Zivilgesellschaft. Wie aus den Parteiprogrammen hervorgeht, ist es auch möglich mit diesem Thema politischen Gewinn zu erzielen.

5. Eine nachhaltige Kultur der Zurückhaltung?

Im zweiten Kapitel wurden Argumente dafür geliefert, dass Streitkräfte Teil des Zivilmacht-Konzepts sind. Dieses Konzept umfasst in erster Linie Einsätze zum Erhalt des Friedens. Von einigen Politikern werden aber *zivilmachtliche* Einsatzziele mit den *Weltmachtlichen* gleichgesetzt. Es bedarf wieder einmal ausführlicherer Analysen, um herauszufinden, in genau welchen Fällen ein Militäreinsatz zweckdienlich ist, und in welchen Fällen nicht. Die obigen Aussagen sind jedoch immer noch gültig.

5.1 Kurzfristige Folgen

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat der allmähliche Abbau von Fähigkeiten der Bundeswehr zu zunehmender Einsatzunfähigkeit geführt. In der jetzigen Debatte wird dafür vor allem die Verteidigungsministerin verantwortlich gemacht. Das Auseinanderklaffen der neuen Herausforderungen und tatsächlichen Fähigkeiten ist sogar so gravierend, dass zu diesem Thema das Lehrbuch *Bundeswehr am Wendepunkt* verfasst wurde. Die neuen Erwartungen an die Sicherheitspolitik Deutschlands und somit an die Bundeswehr werden da ausführlich beschrieben. Und auch dieser Autor spricht von einer *Schrumpfkur*, sowie *mehr Verantwortung*. (vgl. Meyers, 2017; 3)

Die Bundeswehr ist in so einem maroden Zustand, dass zurzeit nur ein kleiner Teil von deren Fahrzeugen, Flugzeugen und Schiffen tatsächlich einsatzfähig sind. Beispielsweise hat die Bundesmarine zurzeit sechs U-Boote, von denen kein einziges einsatzbereit ist. Nicht viel besser ist es um die Panzer bestellt. Von 244 Panzern, über die Bundeswehr derzeit verfügt, sind nur 95 einsatzfähig. (vgl. Bartels H. P., 2018; 41) Einige Transportflugzeuge stammen aus der Zeit des Vietnamkrieges. Da die Auslieferung von neuen Maschinen nur schleppend vorankommt, müssen die Alten weiterhin instand gehalten werden. Mit der weiteren Alterung der Maschinen steigen jedoch auch die Wartungskosten, worauf schon 1999 hingewiesen wurde. (vgl. Meyers, 2017; 30) Die oben erwähnte Flugzeugpanne in Litauen gehört ebenfalls in diese Kategorie. Aufgrund dessen sind einige Sachverständige der Meinung, dass Deutschlands Sicherheit ernsthaft gefährdet ist. (vgl. Das Heer sieht Deutschlands Sicherheit gefährdet, 2018)

Hans-Peter Bartels, der Wehrbeauftragte des Bundestages, macht einigermaßen widersprüchliche Aussagen. Noch im letzten Jahr schrieb er von 1,5 Millionen Soldaten und insgesamt 200 Milliarden Euro an Verteidigungsausgaben, bezogen auf die ganze

EU. (vgl. Bartels H.-P. , 2017) Die Europäische Union sei also ganz schlagkräftig und eine von Deutschland vorgeschlagene Bündelung der Kräfte sei prinzipiell als richtig anzusehen. Die Probleme der Bundeswehr würde dies jedoch nicht beseitigen. Ein Beweis dafür sind auch die Aussagen desselben Bartels. Nämlich hat er etwas später behauptet, den Streitkräften fehle es doch an Geld. (vgl. Otte, 2018)

Mit beidem mag er allerdings Recht haben. Das würde aber dann heißen, der *deutsche* Beitrag im Verhältnis zu den Anderen sei zu klein und Deutschlands Nachbarn trägen einen übermäßig großen Anteil der Gesamtlast.

Insofern sind das *Weißbuch* sowie *Deutschlands neue Verantwortung* eher als Wunschlisten anzusehen. In Beiden wird festgestellt, dass die Lage in der Welt bedrohlich ist und Deutschland sich mithin mehr engagieren muss. Die Liste möglicher Bedrohungen und Krisenherde ist lang. Allerdings äußert sich niemand dazu, wie diese Mittel – wenn überhaupt – zu erhalten sind. (vgl. Bundesministerium der Verteidigung, 2016)

In einigen Fällen hat ein voreiliger Einsatz von militärischer Gewalt zu katastrophalen Folgen geführt. Insofern ist der Irak ein gutes Beispiel dafür, wie Probleme nicht gelöst werden dürfen. Aus diesem Grund sind alle Experten sich einig, dass zivile Umbau die höchste Priorität eingeräumt werden muss, um nicht nur Symptome, sondern auch deren Ursachen zu beseitigen. Der Streit ist in erster Linie darum entbrannt, wie große Anteile des zur Verfügung stehenden Geldes in die jeweiligen militärischen und zivilen Fähigkeiten investiert werden sollen. Es besteht jedoch auch kein Zweifel daran, dass ein wachsendes Engagement, in welcher Form auch immer, mehr Mittel erfordert.

An sich ist die Anzahl der Auslandseinsätze nicht gering. Derzeit sind deutsche Soldaten an 15 Missionen beteiligt. (vgl. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, 2018) Diese finden in Afrika, in Europa sowie im Nahen Osten statt. Rein theoretisch wird Deutschland so seinen globalen Ansprüchen schon heute gerecht. Was aber die Intensität der Einsätze angeht, bleibt Deutschland heute weit hinter seinen Bündnispartnern zurück. Oftmals handelt es sich nicht um Kampfeinsätze, sondern um Ausbildungseinsätze, wie z. B. die Vorbereitung von kurdischen Kämpfern zum Kampf gegen den Islamischen Staat, oder es wird einfach logistische Unterstützung geleistet. Da ein Kampfeinsatz gegen den IS für die deutsche Öffentlichkeit höchstwahrscheinlich nicht annehmbar wäre, sind derartige Ausbildungsmissionen die einzige sinnvolle Lösung. Weil Deutschland selbst direkt vom Terror betroffen war, ist der Kampf gegen IS nötig. Übrigens sei Deutschland zurzeit *Spendeweltmeister* (vgl. Meyer, 2017), was noch einmal deutlich zeigt, dass es nicht in erster Linie an diplomatisch-zivilen Lösungsansätzen fehlt.

Kommen die eher auf Ausbildung gerichteten Auslandseinsätze hinzu, entsteht der Eindruck von einem friedfertigen Deutschland. Die Forderung nach dem Ende aller Auslandseinsätze ist insofern nicht haltbar. Woran es aber fehlt, ist Vernetzung. Dementsprechend sollte die Antwort *vernetzte* Herausforderungen *vernetzt* ausfallen. Problemstellen sind hierbei die unzureichende Zusammenarbeit und Koordination zwischen verschiedenen Dienststellen des Staatsapparates. (z. B. obliegen Friedensmissionen zumindest theoretisch gleichzeitig den Verteidigungs-, Außen-, und Entwicklungsministerien)

Eine wachsende Anzahl an Herausforderungen kann dazu führen, dass bei nicht steigenden Ausgaben auch die Bundeswehr ihren Aufgaben irgendwann nicht mehr gewachsen ist. Noch ist dies nicht der Fall, und deutsche Streitkräfte erfüllen ihre Aufgaben, wie es von ihnen erwartet wird. Allerdings muss für Verbände, die auf Einsätze gehen, Ausrüstung bei verschiedenen anderen Einheiten zusammengeliehen werden. (vgl. Bartels H. P., 2018; 43, 63) Eine nachhaltige Lösung scheint dies nicht zu sein. Einige Sachverständige sprechen sogar von einer ernsthaften Gefährdung der Sicherheit Deutschlands, deren Ursache vor allem auf den Geldmangel zurückzuführen sei. (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018); (vgl. Otte, 2018)

Die oben angesprochenen Schwierigkeiten bei den Flugzeugen und betreffen übrigens nicht nur Bündnisverteidigung. Um schweres Gerät in Einsatzgebiete nach Nahen Osten und Afrika verlegen zu können, ist die Bundeswehr nicht nur auf amerikanische Hilfe angewiesen. Einiges an schwerem Gerät kann indessen nur mit russischen Flugzeugen befördert werden. Bislang hat dies auch keine größeren Probleme verursacht. Jetzt hat die russische Betreiberfirma aber angekündigt, die Verträge mit der NATO nicht mehr zu verlängern. Obwohl auch die Ukraine einige Flugzeuge von diesem Typ anbieten kann, ist deren Anzahl bei Weitem nicht ausreichend. (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2018) Angesichts der Tatsache, dass Russland in einigen Fachkreisen als Gegner angesehen wird, mutet die tragende russische Beteiligung an NATO-Einsätzen etwas kontraintuitiv an. Ein Zeichen dafür, dass die Fähigkeiten der NATO allmählich an ihre Grenzen stoßen.

Ein häufig ins Feld geführtes Argument gegen mehr Geld für die Bundeswehr ist, dass „mit der Erhöhung der Verteidigungsausgaben Deutschland die mit Abstand größte Militärmacht Europas werden würde“. (vgl. Der Tagesspiegel, 2017) Da Deutschland schon die Größte Wirtschaftsmacht Europas ist, mag dies natürlich stimmen. Wie aber Umfragen aus Polen zeigen, sehen nur 7 % der Befragten Deutschland als Bedrohung an.

(vgl. Die Zeit, 2014) Das einleitende Zitat von Radoslaw Sikorski kann dies nur bestätigen.

Unter der Annahme, dass Deutschland die sich selbst gesetzten Ziele tatsächlich erreichen und den Wechsel auf Bündnisverteidigung vollziehen will, erscheint es nötig, mehr Geld für die Streitkräfte bereitzustellen. Im Angesicht des maroden Zustands der Bundeswehr ist die Truppe mit dem Geld zunächst jedoch nicht erheblich zu vergrößern. Vielmehr geht es darum, den Verfall etwas aufzuhalten oder zumindest für die jetzigen Sicherheitsaufgaben einsatzbereit zu halten. Mit größeren Verteidigungsausgaben soll zunächst einmal also die Lage stabilisiert werden. Es ist durchaus möglich, dass eine Vergrößerung der Truppe sich dann gar erübrigt, wenn die derzeit nur auf Papier vorhandenen Fähigkeiten wieder auch real existieren.

5.2 Auf längere Sicht

Deutschland und europäische Einigung sind fast gleichbedeutend geworden. *Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille*, habe der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer gesagt. (vgl. Kohl, 2014; 119) Der Kanzler der Einheit meinte später, die europäische Einigung sei ein reines Friedensprojekt. (vgl. ebd; 21)

Um die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Westen und Osten der EU besser erklären zu können, muss angenommen werden, dass die Europäische Union und NATO aus Sicht der jeweiligen Länder verschiedene Bedeutungen haben.

Verständlicherweise gibt es nicht nur ein deutsches Europa. Obwohl die europäische Einigung ein gemeinsames Ziel ist, ist jedes Mitglied der Union doch aus eigenen Gründen beigetreten. Das Gemeinsame ist in vielen Fällen Frieden, wie Helmut Kohl das formuliert hat. Den Frieden nehmen die Mitglieder jedoch unterschiedlich wahr. Dies rührt von den geografischen Begebenheiten sowie von den unterschiedlichen Geschichten her. Als die Jahre vergingen, wurde der Frieden fast zu einer Selbstverständlichkeit, und andere Themen rückten in den Vordergrund, wie Kohl anmerkt. (vgl. ebd; 21) Zumindest ist dies in Deutschland der Fall. Aufgrund der guten geografischen Lage in der Mitte Europas, umgeben von großenteils freundlich gesinnten Ländern, muss sich Deutschland tatsächlich keine ernsthaften Sorgen um die eigene Sicherheit machen. Dementsprechend schwer fällt es Politikern, den Wählern zu erklären, warum sich ausgerechnet Deutschland aufrüsten solle.

Für die neuen Mitglieder im Osten und Nordosten – die baltischen Staaten und Polen – sind die EU und NATO immer in erster Linie Mittel zum Schutze der Eigenstaatlichkeit gewesen. Das Wirtschaftliche war immer mit dem Politischen einhergegangen. Für Deutschland heißt Frieden *nie wieder Krieg gegen Nachbarn führen*. Für die neuen Mitglieder heißt Frieden *nie wieder Besatzung*. Diese zwei Auffassungen stehen zum Teil im Gegensatz zueinander.

So besteht insbesondere wegen der Ereignisse in der Ukraine die Gefahr eines Auseinanderdriftens. Während für viele Deutsche Frieden ohne Russland nicht möglich sei (vgl. Kohl, 2014; 103) sehen die östlichen Mitglieder das grundlegend anders. Für Polen und die baltischen Länder schließen sich *Russland* und *Frieden* ja fast gegenseitig aus. Sie haben Russland fast immer als Bedrohung angesehen. Angst und Misstrauen gegenüber dem großen Nachbarn haben ihre Denkweise maßgeblich geprägt. (vgl. Lada, 2018)

Infolge unterschiedlicher Auffassungen von Sicherheitspolitik ist es bereits zu Verstimmungen gekommen. Polen hat zu der Problematik der Sicherheitspolitik schon vor der Ukrainekrise ganz eindeutig Stellung bezogen. Es gehört zu den lautstärksten Kritikern der Sparpolitik in Sachen Verteidigung. (vgl. ebd.) Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Deutschland sind in der letzten Zeit aber nicht nur im Bereich der Verteidigung bemerkbar geworden. Polen wird vorgeworfen, den Rechtsstaat gezielt auszuhöhlen. (vgl. Die Zeit, 2018; a); (vgl. Die Zeit, 2018; b) Gleichzeitig wirft Polen Deutschland vor, zu wenig für die gemeinsame Sicherheit zu tun. Das zunehmende Wegdriften Polens von der EU kann folglich auch im Kontext des Streits über Sicherheitspolitik gesehen werden.

Der Streit zwischen den USA und Deutschland droht ebenfalls zu eskalieren. Die Vorwürfe seitens der Trump- Administration, die Europäer täten zu wenig für ihre eigene Sicherheit, sind in Deutschland auf Unverständnis gestoßen. (vgl. Die Zeit, 2018); (vgl. ARD, 2017) Ungeachtet dessen, ob die Androhungen mit Strafzöllen dem Streit über die Verteidigungsausgaben geschuldet sind, ist die Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben immerhin nicht neu. Darauf hatte schon Präsident Obama hingewiesen. (vgl. Reuters, 2014) Der Unterschied ist, dass Obama damals etwas weniger lautstark war.

Davon, dass das Problem unterschiedlicher Auffassungen von Sicherheit und Bündnissolidarität nicht gerade neu ist, zeugt noch ein Beispiel. Schon im Golfkrieg 1990 war es zu Spannungen zwischen USA und Deutschland gekommen, denn Deutschland

war nicht bereit, sich militärisch an diesem Eingreifen zu beteiligen. Insofern als der Kalte Krieg noch nicht zu Ende war, fehlten Deutschland nicht einmal die Mittel dazu. Zum Eingreifen lag sogar ein UNO-Mandat vor. Es handelte sich also um keinen Alleingang der USA, wie es im Zweiten Irakkrieg der Fall war. Alle völkerrechtlichen Vorbedingungen waren erfüllt. Bundeskanzler Kohl schrieb später, Deutschland habe sich mit Geld und Kriegsgerät freigekauft. (vgl. Bierling, 2014; 27–29) In seinem Appell: Aus Sorge um Europa übt Kohl darüber hinaus Kritik an der Weigerung Deutschlands, sich an der Invasion von 2003 überhaupt irgendwie zu beteiligen. Es gab allerdings keine Massenvernichtungswaffen im Irak und auch die Zusammenarbeit mit Terrororganisationen war nicht nachzuweisen. Die Invasion war letzten Endes ein schwerer Irrtum.

Dieser Irrtum hat das Vertrauen der Deutschen in die USA schwer erschüttert. Der Bruch ist desto dramatischer, als die USA seit 1949 als der wichtigste Verbündete der Bundesrepublik galten. Die meisten Autoren sind jedoch der Auffassung, dass der Bruch eher „taktischer“ und nicht strategischer Natur war. (vgl. Varwick, 2007; 775–776) Letzten Endes musste Deutschland als Folger der USA auch seine Eigenständigkeit beweisen, ohne allerdings die engen Verbindungen zu den USA gänzlich infrage zu stellen. In Hinblick auf die Zukunft wäre mehr Eigenständigkeit aus deutscher Sicht eher als positiv zu bewerten.

Die NATO ist eindeutig ein Militärbündnis. Bislang hat Deutschland es für nötig gehalten, Mitglied zu bleiben. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurde der Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO durchgesetzt. Abgesehen von den Linken, scheint auch keine Bundestagspartei es ernsthaft überlegt zu haben, aus der NATO auszutreten. Die fehlende Willigkeit der Deutschen ihren östlichen Bündnispartnern zur Seite zu stehen (Pew Research Center, 2017) mag aber sehr wohl von unterschiedlichen Interessen herrühren. Wie in den vorigen Kapiteln gezeigt wurde, hat Deutschland nie darauf verzichtet, seine eigenen Interessen zu verfolgen. Gleichzeitig behält es seine Werte ständig im Auge. Für eine mögliche Weiterentwicklung dieses Zivilmachtkonzepts wäre *Wertebasierte Realpolitik* die passende Bezeichnung. (vgl. Ischinger & Messner, 2017; ?) Unterdessen steht es als sanfte Leitmacht doch vor großen Herausforderungen. Was oftmals als Blauäugigkeit angesehen wird, ist in Wahrheit eher eine Gratwanderung. Alle Interessen sind zu berücksichtigen und das ist eine zunehmend schwierige Aufgabe. Die Sicherheit Osteuropas ist ganz bestimmt nicht das einzige Problem, mit dem die EU sich herumzuschlagen hat. Versäumnisse und Fehlschläge sind insofern nicht der EU oder

einzelnen Länder anzulasten, sie sind vielmehr der Tatsache geschuldet, dass es keineswegs einfach ist, so unterschiedliche Länder und Kulturen miteinander zusammenzubringen.

Letzten Endes kommt es also darauf an, ob es Deutschland gelingt, diese wertebasierte Realpolitik auf die ganze Europäische Union zu übertragen. Eine Vorbedingung dafür ist aber, dass man auch weiß, was die Europäer überhaupt wollen. Deutschland ist innerlich einigermaßen zerrissen, was eine Einigung erschwert. Die Einigung eines viel größeren Europa ist daher sicherlich nicht einfach zu bewältigen.

6. Schlussbetrachtung

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde die Frage gestellt, wovon die sog. deutsche *Kultur der Zurückhaltung* herrührt. Die zugrunde liegende Annahme war, dass die deutsche Nachdenklichkeit bloß anhand der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht mehr zu erklären ist. Angesichts der Probleme, mit denen Europa heute konfrontiert ist, Der Autor nahm außerdem an, dass Deutschland aufgrund seines historischen Verantwortungsbewusstseins am besten darauf vorbereitet ist, eine Führungsrolle zu übernehmen. Das Wiederaufleben der alten Konfrontationspolitik hat jedoch die neuen Mitglieder der EU verunsichert, was wiederum Zweifel aufkommen lässt, ob die Europäische Union unter Federführung Deutschlands tatsächlich imstande ist, der neuen alten Machtpolitik entschlossen zu begegnen.

Zuerst wurden die verschiedenen Herangehensweisen und Schulen der Außenpolitikforschung beschrieben. In dieser Arbeit wurde in erster Linie die sog. subsystemische Perspektive angewendet. Bei der systemischen Perspektive geht es um internationale und zwischenstaatliche Beziehungen. Bei der subsystemischen Perspektive ist der Untersuchungsgegenstand aber die Außenpolitik eines einzigen Staates, in diesem Falle also die von Deutschland. Daher war es nötig auf die innenpolitischen und sozialen Befindlichkeiten der Bundesrepublik einzugehen.

Es wurden die historischen Grundsätze der bundesdeutschen Außenpolitik erläutert, um eine Erklärung dafür zu liefern, warum es den deutschen *Sonderweg* überhaupt gibt. Zu diesem Zweck wurden Lehrbücher von renommierten Politikwissenschaftlern eingesetzt.

Das Gros der Analyse hingegen beruht auf von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen erstellten statistischen Angaben sowie auf öffentlichen Dokumenten der staatlichen Dienststellen. Wichtig waren auch Zeitungen und Parteiprogramme, anhand deren ein „großes Bild“ erstellt werden konnte.

Die Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Deutschland versteht sich als *Zivilmacht* und diese Politik ist zumindest bis 2014 zielführend gewesen. Dabei hat Deutschland eigentlich nie darauf verzichtet, seine Interessen zu verfolgen.
- Deutschland ist vom russischen Gas stark abhängig.
- Die deutsche Teilung ist noch nicht überwunden, was zur Verbitterung in den neuen Bundesländern geführt hat. Äußere Akteure sind bereit, dies

auszunutzen. Die Einflussnahme ist umso einfacher, als die Beeinflussung schon gewisse *Traditionen* hat.

- Der Antiamerikanismus hängt zum Teil mit diesem Einfluss zusammen, konnte in dieser Arbeit aber nicht gänzlich ergründet werden. Weitere Auseinandersetzungen mit diesem Thema wären geboten.
- Das Image der Bundeswehr hat wegen der besonders abscheulichen Übergriffe stark gelitten. Es bleibt zu untersuchen, wieso derart perverses Verhalten nicht unterbunden werden konnte.
- Die sicherheitspolitischen Aufgaben, die Deutschland sich gestellt hat, sind bei diesem Stand der Dinge nicht zu erfüllen.

Es wird dabei anerkannt, dass Deutschland als *de facto* Anführer Europas äußerst verschiedenartige Schwierigkeiten zu bewältigen hat. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Interessen von EU-Mitgliedern teilweise im Widerspruch zueinander stehen. Insofern sind auch die zu treffenden politischen Entscheidungen des einen oder des anderen Landes nicht nach moralischen Kriterien zu bewerten. Moral hat viele verschiedene Bedeutungen. Es geht also nicht um militärische oder energiepolitische Sicherheit aus dem Blickwinkel des jeweiligen Betrachters, sondern darum, wie mit dieser Mannigfaltigkeit im weiteren Sinne umzugehen ist.

Resüme

Käesoleva töö eesmärgiks oli vastata küsimusele, miks on sakslaste ja Euroopa Liidu uute liikmete arusaam julgeolekust niivõrd erinev. Lähtepunktiks oli nn. *Deutscher Sonderweg*, mis tähendab, et oma ajaloo tõttu ajavad sakslased välis-ja julgeolekupoliitikat teistest oluliselt tagasihoidlikumalt. Eeldati ka, et tänu oma ajalooliselt väljakujunenud vastutustundele ja majandusjõule on just Saksamaa see, kellel on Euroopa Liidus kõige suurem autoriteet.

Kõigepealt anti ülevaade tänapäeva Saksamaa välispoliitika lähtekohtadest. Selleks kasutati peamiselt Konstanzi Ülikooli raamatukogus saada olnud välispoliitikaõpikuid, mis olid ühtse raamatuseeriana välja antud *Springer/VS* kirjastuse poolt. Võimalik oli teha järeldus, et Saksamaa välispoliitikat iseloomustab tõepoolest kõige paremini mõiste *tsiviliseeritud suurvõim*. See tähendab, et välispoliitika teostamisel loobutakse nn. realistlikule maailmavaatele omasest enesekehtestamisest, mis omakorda välistab relvajõudude kasutamise. Selles mõttes võib Saksamaad pidada äärmiselt põhimõttekindlaks.

Uurimuse põhirõhk oli aga hoopis erinevate valitsusastuste poolt välja antud dokumentidel ja poliitilistel infobrošüüridel. Neist saadud infot täiendati erinevate mõttekodade välja antud statistiliste andmetega. Tähelepanuta ei jäänud ka erinevad ajalaehed ja meediaväljaanded. Nii moodustus suurem pilt, mis erialast terminoloogiat kasutades tähendab, et ei uuritud mitte ainult rahvusvahelisi suhteid ülevaltvaates, vaid ka riigi välispoliitikat *altvaates* ehk sisepoliitilisi olusid.

Esitatud uurimisküsimus(t)ele võib vastata järgnevalt:

- Saksamaa poliitikas esineb vasturääkivusi, mis sõltuvad tihti sellest, kas küsitlev on vasak- või parempoolne.
- Vasturääkivuste väljenduseks on ka suuremahuline relvade müük üldiselt rahumeelse poliitika taustal.
- Saksamaa taasühendamine pole siiamaani päriselt lõpule jõudnud. Nn. uutes liidumaades on inimesed eluga rahulolematumad, mida ka välisriigid on valmis ära kasutama.
- Sakslased on ameerikavastaselt meelestatud. Osalt võib selle põhjus olla välismaises mõjutustegevuses. Arvestades pikaajalisi liitlassuhteid USA-ga, oleks antud teemat vaja siiski põhjalikumalt uurida.
- Saksamaa poliitikat mõjutab vajadus osta Venemaalt suurtes kogustes gaasi.

Tagasihoidlikkusel on mõju poliitliste eesmärkide saavutamisele:

- Bundeswehr on varustuse ja personali vähesuse tõttu kehvast seisusest, mis ohustab Saksamaa võimet osaleda rahutagamisoperatsioonidel ja ei lase „tsiviliseeritud suurvõimul“ ka teatud mittesõjalisi eesmärke saavutada
 - Kehva seisu põhjuseks on osalt ka võikad vahejuhtumid, mis tekitavad valijate seas tugevat võõristust. Veel üks uus uurimisteema oleks seega põhjused, miks neid rünnakuid vältida ei suudetud.

Kokkuvõtvalt tuleb veel märkida, et soov sõjalist jõudu mitte kasutada ei tähenda, et Saksamaa oleks tingimata oma huvide kaitsmisest loobunud. Senimaani on Saksamaa poliitika tema huvidega kooskõlas olnud. Sellest johtuvalt on ka Saksamaa tagasihoidlikkuse mõju Euroopa Liidu tulevikule ainult tõsisemate probleemide sümptom. Põhiküsimuseks on seega hoopis, kas Euroopa ühendamine on liikmete sedavõrd erinevate huvide taustal üldse võimalik?

Literaturverzeichnis

- Alternative für Deutschland. (22. April 2017). PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*. Köln. Abgerufen am 23. April 2018 von http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_afd_btwahl2017.html
- ARD. (18. März 2017). "Deutschland schuldet NATO riesige Summen". *Tagesschau*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-verteidigungsausgaben-101.html>
- Baron, U. (2003). Die verführte Friedensbewegung. *Konrad-Adenauer Stiftung*. Abgerufen am 23. April 2018 von Konrad Adenauer-Stiftung: http://www.kas.de/wf/doc/kas_2877-544-1-30.pdf
- Bartels, H. P. (20. Februar 2018). Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten. Jahresbericht 2017. *Deutscher Bundestag. Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten*. Abgerufen am 24. April 2018 von Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten Jahresbericht 2017: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/007/1900700.pdf>
- Bartels, H.-P. (2017). Für eine europäische Verteidigungsunion. In W. Ischinger, & D. Messner, *Deutschlands neue Verantwortung* (S. 246-247). Econ Verlag.
- Baumann, R., & Helmann, G. (2014). Bürokratien und Entscheidungsprozesse. In G. Hellmann, W. Wagner, & B. Rainer, *Deutsche Außenpolitik*. Wiesbaden: Spriger/VS.
- Bierling, S. (2014). *Vormacht wider Willen*. CH Beck.
- Booth, M. (3. März 2010). Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 24. April 2018 von Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit?p=all>
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (Februar 2016). Linksextremismus. Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2016-05-linksextremismus.pdf>

- Bundesamt für Verfassungsschutz. (2017). Verfassungsschutzbericht 2016. *Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz*. Abgerufen am 23. April 2018 von www.verfassungsschutz.de: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte>
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. (Dezember 2017). *BGR Energiestudie*. Hannover. Abgerufen am 24. April 2018 von www.bgr.bund.de: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Bundesministerium der Verteidigung. (13. Juli 2016). Weißbuch 2016. *Bundesministerium der Verteidigung*. Abgerufen am 23. April 2018 von Bundesministerium der Verteidigung: <https://www.bmvg.de/de/themen/weissbuch>
- Bundesministerium der Verteidigung. (5. April 2017). Aufstellung Kommando CIR Cyber- und Informationsraum: Ein Meilenstein deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. *Meldung*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/aufstellung-kommando-cir-11120>
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. (2018). *Dossier: Rüstungsexportkontrolle*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexportkontrolle.html>
- Bundeswehr-Journal. (3. Januar 2018). Wem vertrauen die Deutschen. Abgerufen am 23. April 2018 von <http://www.bundeswehr-journal.de/2018/ansetzen-und-vertrauen-aktuelle-bundeswehr-umfragen/>
- Bundeszentrale für politische Bildung. (29. Dezember 2016). Nettozahler und Nettoempfänger in der EU. *Bundeszentrale für Politische Bildung*. Abgerufen am April 2018 von <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfaenger>
- Christlich Demokratische Union. (3. Juli 2017). Regierungsprogramm. Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne Leben. Berlin. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.cdu.de/regierungsprogramm>
- Das Statistik-Portal. (März 2018). Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2016. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73061/umfrage/bundeslaender-im-vergleich---bruttoinlandsprodukt/>

- Dauderstädt, M. (2007). Mittel-und Osteuropa. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Decker, F. (28. Juni 2017). Kurz und bündig: DIE LINKE. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 24. April 2018 von Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/die-linke/42128/kurz-und-buendig>
- Der Bundestagswahlleiter. (25. September 2017). Bundestagswahl 2017. Ergebnisse. *Bundestagswahl 2017*. Abgerufen am 23. April 2018 von Bundestagswahl 2017: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html>
- Der Spiegel. (13. Februar 1963). Ohne Rechnung. *Der Spiegel*. Abgerufen am 23. April 2018 von Ohne Rechnung: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45142454.html>
- Der Spiegel. (29. Januar 2001). Die verlorene Ehre der Apo. *Der Spiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html>
- Der Spiegel. (30. April 2006). Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel. *Der Spiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/indirekter-hitler-vergleich-polnischer-minister-poltert-gegen-schroeder-und-merkel-a-413931.html>
- Der Spiegel. (20. Mai 2014). Deutsche lehnen stärkeres Engagement in der Welt ab. *Der Spiegel*. Abgerufen am 23. April 2018 von Deutsche lehnen stärkeres Engagement in der Welt ab: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-deutsche-lehnen-auslandseinsaetze-der-bundeswehr-ab-a-970463.html>
- Der Spiegel. (23. Oktober 2015). So viel verdienen die Deutschen. *Der Spiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von So viel verdienen die Deutschen: <http://www.spiegel.de/karriere/gehaelter-im-vergleich-gehaltsatlas-ordnet-nach-bundeslaendern-und-geschlecht-a-1059285.html>
- Der Spiegel. (5. August 2017). Russische Krim als "dauerhaftes Provisorium" ansehen. *Der Spiegel*. Abgerufen am 23. April 2018 von www.spiegel.de: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-zur-ukraine-russische-krim-als-dauerhaftes-provisorium-ansehen-a-1161494.html>
- Der Spiegel. (27. Januar 2017). Sadistische Rituale bei der Kampfsanitäter-Ausbildung. *Der Spiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von Sadistische Rituale bei der Kampfsanitäter-Ausbildung:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-sex-rituale-bei-der-kampffretter-ausbildung-a-1132072.html>

Der Tagesspiegel. (22. 12 2014). Stimmungsmacher für Wladimir Putin. *Der Tagesspiegel*. Abgerufen am 23. April 2018 von Stimmungsmacher für Wladimir Putin: <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/rt-deutsch-stimmungsmacher-fuer-wladimir-putin/11154620.html>

Der Tagesspiegel. (6. März 2016). Die Stimme des Kremls in Deutschland. *Der Tagesspiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von Die Stimme des Kremls in Deutschland: <https://www.tagesspiegel.de/medien/russia-today-deutsch-die-stimme-des-kremls-in-deutschland/13058304.html>

Der Tagesspiegel. (8. August 2017). Absurde Argumentation der SPD. *Der Tagesspiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoehere-verteidigungsausgaben-absurde-argumentation-der-spd/20160498.html>

Der Tagesspiegel. (4. Mai 2017). Franco A. stahl offenbar 1000 Schuss Munition. *Der Tagesspiegel*. Abgerufen am 24. April 2018 von Franco A. stahl offenbar 1000 Schuss Munition: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-in-der-bundeswehr-franco-a-stahl-offenbar-1000-schuss-munition/19759254.html>

Deutsche Welle. (27. Februar 2018). Bundesverfassungsgericht: Bundesminister müssen sich im parteipolitischen Meinungskampf zurückhalten. *Deutsche Welle*. Abgerufen am 24. April 2018 von <http://www.dw.com/de/bundesverfassungsgericht-bundesminister-m%C3%BCssen-sich-im-partecipolitischen-meinungskampf-zur%C3%BCckhalten/a-42678571>

Deutsche Welle. (21. Februar 2018). Nord Stream 2: Russlands politische Waffe? *Deutsche Welle*. Abgerufen am 23. April 2018 von [www.dw.com: http://www.dw.com/de/nord-stream-2-russlands-politische-waffe/a-42664331](http://www.dw.com/de/nord-stream-2-russlands-politische-waffe/a-42664331)

Deutsche Wirtschaftsnachrichten. (13. September 2017). Deutsche Unternehmen in Russland geschlossen gegen US-Sanktionen. *Deutsche Wirtschaftsnachrichten*. Abgerufen am 24. April 2018 von [deutsche-wirtschafts-nachrichten.de: https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-sanktionen/](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-sanktionen/)

Die Bundeswehr. (2018). Die Auslandseinsätze der Bundeswehr. *Bundeswehr-Journal*. Abgerufen am 23. April 2018 von Die Auslandseinsätze der Bundeswehr: <https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/einsaetze!/ut/p/z1/hY5BC4JAEI>

V_SwePOdsGZd20CAwTIymdS6y6qaWubJvVv2_DU1A0MId575vHA4QIsGF
dmTNVioZV-o5xcnQsL_TojNIwWCyJuxk7zmlLKaEU9nD4h6C2yY-
xCewyDrHOMp7KWLoaAgQ8s449zFZIVXFlsvTdEeKCNVnFA5HavbAGzCu
R9OXtJhIbOaDkJy

Die Linke. (9-11. Juni 2017). Sozial gerecht. Frieden für Alle. Die Zukunft für die wir kämpfen. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*. Hannover. Abgerufen am 23. April 2018 von http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_linke_btwahl2017.html

Die NATO. (27. Mai 1997). Grundakte. *über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation*. Paris. Abgerufen am 23. April 2018 von https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de

Die Welt. (3. August 2014). Dieser Deutsche genießt Putins Vertrauen. *Die Welt*. Abgerufen am 23. April 2018 von Dieser Deutsche genießt Putins Vertrauen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article130829736/Dieser-Deutsche-genießt-Putins-Vertrauen.html>

Die Welt. (29. Oktober 2016). „Man denkt, die Bundeswehr sei ein Abenteuerspielplatz“. *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von „Man denkt, die Bundeswehr sei ein Abenteuerspielplatz“: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article159125728/Man-denkt-die-Bundeswehr-sei-ein-Abenteuerspielplatz.html>

Die Welt. (28. Februar 2016). Bundeswehr zeigt sich großzügig bei Tauglichkeit. *Die Welt*. Abgerufen am April 2018 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article152719401/Bundeswehr-zeigt-sich-grosszuegig-bei-Tauglichkeit.html>

Die Welt. (19. März 2017). Deutschland wird zum Hacker-Schlachtfeld. *Die Welt*. Abgerufen am April 2018 von <https://www.welt.de/wirtschaft/article162964384/Deutschland-wird-zum-Hacker-Schlachtfeld.html>

Die Welt. (9. September 2017). Die Wählerwanderung in Bildern. *Die Welt*. Abgerufen am 23. April 2018 von Die Wählerwanderung in Bildern: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article169010727/Die-Waehlerwanderung-in-Bildern.html>

Die Welt. (22. November 2017). Union macht Stärke der AfD bei Russlanddeutschen Sorgen. *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von Union macht Stärke der AfD bei Russlanddeutschen Sorgen:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article170760111/Union-macht-Staerke-der-AfD-bei-Russlanddeutschen-Sorgen.html>

Die Welt. (7. Februar 2017). Von der Leyen blamiert sich mit A400M-Panne. *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article161893794/Von-der-Leyen-blamiert-sich-mit-A400M-Panne.html>

Die Welt. (27. Juli 2017). Welchen Zweck haben die US-Sanktionen wirklich? *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von Welchen Zweck haben die US-Sanktionen wirklich?:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article167116177/Welchen-Zweck-haben-die-US-Sanktionen-wirklich.html>

Die Welt. (14. Februar 2018). „Deutsche haben bedenkliches Bild von der Bundeswehr“.

Die Welt. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article173588914/Allensbach-Sicherheitsreport-2018-Ansehen-der-Bundeswehr-sinkt.html>

Die Welt. (22. März 2018). EU verschärft nach Giftanschlag Gangart gegenüber Russland. *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von www.welt.de:

<https://www.welt.de/politik/ausland/article174822739/Botschafter-zurueckgerufen-EU-verschaerft-nach-Giftanschlag-Gangart-gegenueber-Russland.html>

Die Welt. (16. März 2018). Mehrheit der Deutschen wünscht politische Annäherung an Russland. *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von

<https://www.welt.de/politik/ausland/article174648662/WELT-Trend-Mehrheit-der-Deutschen-wuenscht-politische-Annaeherung-an-Russland.html>

Die Welt. (21. 3 2018). Woher kommt das deutsche Vertrauen in Putin? *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von Woher kommt das deutsche Vertrauen in Putin?:

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article174762752/Es-ist-eine-Groko-Tag-8-Woher-kommt-das-deutsche-Vertrauen-in-Putin.html>

Die Zeit . (17. April 2014). Deutsche Waffen für Russland. *Die Zeit*. Abgerufen am April 2018 von

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-04/deutschland-waffenexport-russland>

- Die Zeit. (2014). Die marode Bundeswehr ängstigt Polen – ausgerechnet. *Die Zeit*, 2. Von <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/nato-jens-stoltenberg-polen-bundeswehr/seite-2> abgerufen
- Die Zeit. (2014). Versprochen und gebrochen ? *Die Zeit*. Abgerufen am 25. April 2018 von <https://www.zeit.de/2014/41/nato-russland-usa-deutsche-wiedervereinigung>
- Die Zeit. (16. Februar 2017). Gabriel sieht US-Forderung nach mehr Verteidigungsausgaben kritisch. *Die Zeit*. Abgerufen am 25. April 2018 von <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/nato-sigmar-gabriel-verteidigung-bip-kosten-fluechtlingshilfe>
- Die Zeit. (26. September 2017). Saudi-Arabien erlaubt Frauen das Autofahren. *Die Zeit*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/gleichberechtigung-saudi-arabien-fahrverbot-frauen-aufgehoben-fuehrerschein>
- Die Zeit. (16. März 2017). Zu manchen spricht die CSU auf Russisch. *Die Zeit*, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-03/csu-horst-seehofer-moskau-russlanddetusche-rt>. Abgerufen am 23. April 2018 von <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-03/csu-horst-seehofer-moskau-russlanddetusche-rt>
- Die Zeit. (2018). "Polen hat ein Kommunikationsproblem". *Die Zeit*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/mateusz-morawiecki-polen-justizreform-holocaust>
- Die Zeit. (6. März 2018). Polen: Parlament besetzt Justizrat mit regierungstreuen Kandidaten. *Die Zeit*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/polen-richter-landesjustizrat-pis-kukiz-15>
- Die Zeit. (8. März 2018). Trump kritisiert Deutschland für Verteidigungsausgaben. *Die Zeit*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.zeit.de/news/2018-03/08/trump-kritisiert-deutschland-fuer-verteidigungsausgaben-180308-99-401633>
- Focus. (2001). Außenminister Fischer muss seine radikale Vergangenheit rechtfertigen – seine Akten bei der Polizei sind verschwunden. *Focus*. Abgerufen am 24. April 2018 von https://www.focus.de/politik/deutschland/linke-gewalt-bilder-vom-blutigen-samstag_aid_189437.html

- Focus. (24. November 2017). Gökay Akbulut: Verfassungsschutz beobachtet neue Bundestagsabgeordnete der Linken. *Focus*. Abgerufen am 24. April 2018 von https://www.focus.de/politik/deutschland/goekay-akbulut-verfassungsschutz-beobachtet-neue-bundestagsabgeordnete-der-linken_id_7889605.html
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2018). Das Heer sieht Deutschlands Sicherheit gefährdet. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 24. April 2018 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/miserable-beschaffung-das-heer-sieht-deutschlands-sicherheit-gefaehrdet-15524558.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (20. März 2018). Des Kremls beste Freunde. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 24. April 2018 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/putin-fans-in-der-deutschen-politik-15502341.html?premium>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (2018). Nato-Partner vor massiven Transportproblemen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 23. April 2018 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundeswehr-und-nato-partner-vor-massiven-transportproblemen-15552145.html>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. (4. April 2018). Verklärte Ostpolitik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 23. April 2018 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/russland-kommentar-verklaerte-ostpolitik-der-spd-15525026.html>
- Handelsblatt. (2018). „Wir brauchen eure Rüstungsgüter nicht“. *Handelsblatt*. Abgerufen am April 2018 von <http://www.handelsblatt.com/politik/international/waffenexporte-nach-saudi-arabien-wir-brauchen-eure-ruestungsgueter-nicht/20995762.html>
- Hellmann, G., Wagner, W., & Baumann, R. (2014). *Deutsche Außenpolitik, eine Einführung, Lehrbuch*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Hellmann, G., Wolf, R., & Schmidt, S. (2007). Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In G. Hellmann, R. Wolf, & S. Schmidt, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Horvath, P. (2009). "SED und Stasi inszenierten die 68er-Revolution". *Die Welt*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.welt.de/kultur/article3912807/SED-und-Stasi-inszenierten-die-68er-Revolution.html>

- Initiative neue soziale Marktwirtschaft. (2017). Bildungsmonitor 17. *Initiative neue soziale Marktwirtschaft*. Abgerufen am 23. April 2018 von Bildungsmonitor 17: <http://www.insm-bildungsmonitor.de/>
- Ischinger, W., & Messner, D. (2017). *Deutschlands Neue Verantwortung*. Econ Verlag.
- Junge Welt. (6. März 2018). Junge Welt: Über uns. *Junge Welt*. Abgerufen am 23. April 2018 von https://www.jungewelt.de/ueber_uns/diese_zeitung.php
- KENNEDY, B. (18. Oktober 2016). *Pew Research Center*. Abgerufen am April 2018 von Most Americans trust the military and scientists to act in the public's interest: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/10/18/most-americans-trust-the-military-and-scientists-to-act-in-the-publics-interest/>
- Klar, H., & Stoll, U. (Regisseure). (2015 ?). *Plünderung im Namen der Einigung* [Kinofilm].
- Kohl, H. (2014). *Aus Sorge um Europa. Ein Appell*. München: Droemer Verlag.
- Lada, A. (2018). Gastbeitrag: Deutschlands Schwäche ist gefährlich. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 24. April 2018 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/sicherheitskonferenz/gastbeitrag-deutschlands-schwaeche-ist-gefaehrlich-15445484.html>
- Major, C., & Mölling, C. (2017). Neue Verantwortung in der Verteidigungspolitik-die Agenda für die neue Regierung. In W. Ischinger, *Deutschlands Neue Verantwortung* (S. 259-263). Econ Verlag.
- Maull, H. W. (2007). Deutschland als Zivilmacht. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Meyer, L. (2017). Deutschlands Verantwortung neu denken- warum dieser Band nicht ins Regal passt. In W. Ischinger, & D. Messner, *Deutschlands Neue Verantwortung*. Econ Verlag.
- Meyers, F.-J. (2017). *Bundeswehr am Wendepunkt*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Nehring, H., & Ziemann, B. (Januar 2011). Führen alle Wege nach Moskau? *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. Abgerufen am 24. April 2018 von http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2011_1.pdf
- Neues Deutschland. (6. März 2018). Neues Deutschland: Über uns. *Neues Deutschland*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.neues-deutschland.de/kontakt/9>
- Otte, H. (2. Februar 2018). "Es ist falsch, die Bundeswehr schlecht zu reden" bei Deutschlandfunk. (C. Kaess, Interviewer) Deutschlandfunk. Abgerufen am 24.

- April 2018 von http://www.deutschlandfunk.de/ausstattungsmaengel-der-truppe-est-ist-falsch-die-bundeswehr.694.de.html?dram:article_id=411273
- Peters, D. (2007). Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse. In S. Schmidt, G. Helmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 815-816). Wiesbaden: Springer/VS.
- Pew Research Center. (23. Mai 2017). NATO's Image Improves on Both Sides of Atlantic. *Pew Research Center*. Abgerufen am 25. April 2018 von <http://www.pewglobal.org/2017/05/23/natos-image-improves-on-both-sides-of-atlantic/>
- Postimees. (28. Februar 2018). Eestlaste kaitsetahe püsib kõrge. *Postimees*. Abgerufen am 4. Mai 2018 von <https://www.postimees.ee/4424033/eestlaste-kaitsetahe-pusib-korge>
- Reuters. (3. September 2014). Obama says all NATO members need to do fair share of defense spending. *Reuters*. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.reuters.com/article/us-obama-nato/obama-says-all-nato-members-need-to-do-fair-share-of-defense-spending-idUSKBN0GY0UN20140903>
- Reuters. (22. November 2015). Russia serious about solution in Syria, German minister says. *Reuters*. Abgerufen am 24. April 2018 von <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-russia-germany/russia-serious-about-solution-in-syria-german-minister-says-idUSKBN0TB0QQ20151122>
- Rink, M. (1. Mai 2015). Die Bundeswehr im Kalten Krieg. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am April 2018 von BPB: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/199277/kalter-krieg>
- Schulze, H. (1998). *Kleine deutsche Geschichte*. München: dtv Verlagsgesellschaft.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (25. Juni 2017). Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsporgramm für Deutschland. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*. Dortmund. Abgerufen am 24. April 2018 von http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_spd_btwahl2017.html
- Springer Gabler Verlag. (7. März 2018). *Gabler Wirtschaftslexikon*. Von <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/77711/beduerfnishierarchie-v7.html> abgerufen

- Stent, A. (2007). Russland. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Stockholm International Peace Research Institute. (20. Februar 2017). International arms transfers. Abgerufen am 23. April 2018 von <https://www.sipri.org/research/armament-and-disarmament/arms-transfers-and-military-spending/international-arms-transfers>
- Stratievski, D. (6. Juni 2016). Analyse: Die Wirkung der Staatsmedien Russlands in Deutschland. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 24. April 2018 von [www.bpb.de: http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/228872/analyse-die-wirkung-der-staatsmedien-russlands-in-deutschland](http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/228872/analyse-die-wirkung-der-staatsmedien-russlands-in-deutschland)
- Varwick, J. (2007). Nordatlantische Allianz. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Von Bredow, W. (2008). *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Weidenfeld, W. (2007). Der „Zwei-plus-Vier“-Vertrag. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf, *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer/VS.
- Wenzke, R. (31. März 2016). Die Nationale Volksarmee der DDR. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 24. April 2018 von BPB: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr>
- Zygar, M. (2017). *Alle Männer des Kremls (Estnischsprachige Ausgabe)*. Tänapäev.

Erklärung

Hiermit versichere ich eidesstattlich, dass die vorliegende Bakkalaureusarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst worden ist und, dass ich keine weiteren als angegebenen Hilfsmaterialien verwendet habe.

Tartu, den 25 April 2018

Jaan Järve

Lihtlitsents lõputöö reprodutseerimiseks ja lõputöö üldsusele kättesaadavaks tegemiseks

Mina, Jaan Järve

1. annan Tartu Ülikoolile tasuta loa (lihtlitsentsi) enda loodud teose
Der nachdenkliche Hegemon

mille juhendaja on Dr. Reet Bender,

1.1. reprodutseerimiseks säilitamise ja üldsusele kättesaadavaks tegemise eesmärgil, sealhulgas digitaalarhiivi DSpace`i lisamise eesmärgil kuni autoriõiguse kehtivuse tähtaja lõppemiseni; 1.2. üldsusele kättesaadavaks tegemiseks Tartu Ülikooli veebikeskkonna kaudu, sealhulgas digitaalarhiivi DSpace`i kaudu kuni autoriõiguse kehtivuse tähtaja lõppemiseni.

2. olen teadlik, et punktis 1 nimetatud õigused jäävad alles ka autorile.

3. kinnitan, et lihtlitsentsi andmisega ei rikuta teiste isikute intellektuaalomandi ega isikuandmete kaitse seadusest tulenevaid õigusi.

Jaan Järve

25. aprillil 2018, Tartus